Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 41 (1. Blatt) — Freitag, den 18. Februar 1921 — 49. Jahrgang

Die Londoner Konferenz in Frage gestellt?

(TU) Das „Handelsblad" meldet aus Paris: Nach dem meist gut unterrichteten Berichterstatter haben England und Frankreich Deutschland ersucht, noch vor der Londoner Konferenz seine Gegenvorschläge bekannt zu geben. Man erwartet, daß die deutsche Regierung nach der Rückkehr Dr. Simons nach Berlin diesem Wunsch entsprechen wird. Der deutschen Gegenvorschläge wegen, so behauptet der Korrespondent, wird die Londoner Konferenz ergebnislos verlaufen und wahrscheinlich nicht einmal stattfinden. Die alliierten Regierungen würden nach demselben Korrespondenten, gemeinsam ihre Beschlüsse der deutschen Regierung mitteilen, welche die deutsche Regierung innerhalb weniger Stunden annehmen oder ablehnen müßte. Paris selbst knüpft an die deutschen Gegenvorschläge keine großen Erwartungen. Was die Konferenz vom 21. Februar angeht, so erwartet man, daß noch keine Beschlüsse gefaßt werden sollen; daß vielmehr erst verschiedene neue Unterkommissionen gebildet werden, um die Entschädigung noch vorher zu beraten.

Ein englisches Manifest gegen die Pariser Erdrosselungsforderungen.

(W) Der Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine nochmalige Erwägung des Betrages der Deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, die Bedingungen des Friedensvertrages seien die Hauptursache der augenblicklichen Erwerbslosigkeit, da sie die wirtschaftliche Erholung der ruinierten Länder und die Wiederherstellung ihrer Kaufkraft verhindere. Der von Deutschland geforderte Riesentribut werde die Fähigkeit des deutschen Volkes, englische Waren zu verbrauchen, noch weiter vermindern. Die Entschädigungen können nur durch Ausfuhr bezahlt werden, während Deutschland 42 Jahre hindurch nur unbedingt notwendige Lebensbedürfnisse im Auslande kaufen darf. Dies bedeute, daß der englische Markt in Deutschland nicht wiederhergestellt werden könne, was zu einer Fortdauer der Erwerbslosigkeit führe. Der Stand des Vorkriegshandels mit Deutschland und Oesterreich genüge allein schon, um die augenblickliche Not in England zu erklären. Das Manifest erklärt, Deutschland könne und solle die tatsächlich angerichteten Zerstörungen wieder gut machen. Die Rechnung wäre aber gestiegen durch die Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar seien mit den vor Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwägung der Entschädigungsforderungen, sondern auch eine Aenderung des gesamten Verhaltens der Alliierten gegen Zentraleuropa und Rußland.

Die Londoner Konferenz im St. James-Palast.

(W) Reuter erfährt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. James-Palast stattfinden wird, den der König zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte. Für die Presse werden Einrichtungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht. Foch und Marschall Weygand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

Die Wahl Poincarés als Warnung für Briand.

(W) Daily Cronicle meldet aus Paris, die Wahl Poincares zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten könne als Warnung für Briand angesehen werden, der, wenn er von der Londoner Konferenz zurückkehrte, ohne etwas Endgültiges als nur deutsche Versprechungen, die französische Forderung zu erfüllen, mitzubringen, seine Regierung durch ein Kabinett Poincares ersetzt würde, das, wenn nötig, nicht zögern würde, die französischen Forderungen an Deutschland mit der Spitze des Bajonetts zu erzwingen.

Der bayrische Landtag zu den Pariser Beschlüssen.

(W) In der gestrigen Nachmittagssitzung des bayerischen Landtages kamen in Anwesenheit der gesamten Staatsregierung die beiden Interpellationen der SPD. und der USPD., betreffend die Haltung der bayerischen Regierung bezüglich der Pariser Beschlüsse zur Besprechung. Ministerpräsident von Kahr kennzeichnete in Beantwortung der Interpellation den Standpunkt der Regierung und der Koalitionsparteien dahin, daß die Pariser Forderungen die vollständige Versklavung des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft auf zwei Generationen hinaus bedeuten würde. Das ganze deutsche Volk sei sich darin einig, daß die Vorschläge unannehmbar seien. In der Entwaffnungsfrage, sagte der Redner, müsse die bayerische Regierung an dem Standpunkt, den sie über die bayerische Einwohnerwehr eingenommen habe, festhalten. Die Einwohnerwehr sei in der schwersten Not des bayerischen Volkes entstanden, durch freien Entschluß des Volkes. Sie hätten und haben keinen anderen Zweck, als den Schutz der Person und des Eigentums und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Staate. Sie habe ihre Waffen niemals mißbraucht, alle politischen Befürchtungen seien unbegründet. Die Einwohnerwehren werden von selbst verschwinden. Diesen Zeitpunkt aber schon jetzt festzulegen sei unmöglich. Sicher sei nur, daß heute der Zustand noch nicht erreicht ist, der den bewaffneten Selbstschutz der staatserhaltenden Einwohnerschaft als überflüssig erscheinen lassen könnte. Die Umsturzbewegung der staatsfeindlichen Elemente dauert fort. Zu diesen Gefahren im Innern kommen die Gefahren von außen. Die Gefahren, die Bayern von außerhalb drohen, drohen keinem anderen Lande in gleicher Weise. Angesichts dieser Lage ist die Einwohnerwehr nach wie vor eine staatliche Notwendigkeit. In der Einwohnerwehr liegen auch hohe ideale Kräfte, die die Staatsregierung nicht preisgeben kann. Wenn die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien in dem Gefühl dieser Verantwortlichkeit zu dem Ergebnis kamen, es müsse an dem bisherigen Standpunkt festgehalten werden, so kann es niemand, der auf politische Wohlanständigkeit hält, gestattet sein, in diesem Entschluß etwas anderes als eben dieses Verantwortlichkeitsgefühl zu suchen. Andeutungen, als stände die Einwohnerwehr unter fremdem Einfluß oder konspriere gar mit dem Gegner, gehören in gleicher Weise zu den politischen Verleumdungen. Wir haben es für notwendig erachtet, diesen Standpunkt der deutschen Reichsregierung mit allem Nachdruck nahezubringen. Sollte die Reichsregierung zu der Ansicht kommen, sich diesem Standpunkt nicht anschließen zu können, so müßte sie für alle Maßnahmen die ausschließliche Verantwortung tragen. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von den Koalitionsparteien mit großem Beifall, und von den Tribünen aus mit Händeklatschen aufgenommen.

Die deutschen Geheimvorschläge

für die Londoner Konferenz dürften den Berliner Morgenblättern zufolge, von den Sachverständigen voraussichtlich anfang der nächsten Woche fertig gestellt werden. Wie es in den Blättern heißt, ist in Aussicht genommen, die Gegenvorschläge zum Gegenstand einer Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen, sowie Vertretern des Reichswirtschaftsrates zu machen. Erst nach dieser Besprechung wird die endgültige Fassung der Gegenvorschläge erfolgen, und zwar voraussichtlich Ende der nächsten Woche.

Wohnungsbau, wirtschaftliche Demobilisierung und Portoverteuerung im Reichsrat.

Der Reichsrat hielt gestern abend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Lewald eine öffentliche Sitzung ab. Angenommen wurde eine Verordnung der Reichsregierung zur Ausführung des vom Reiche beschlossenen Entwurfes, betreffend den Wohnungsbau. Dieser Beschluß enthält allgemeine Grundsätze für den Wohnungsbau. Auf Antrag Preußens wurde die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Angenommen wurde der Entwurf einer Verordnung über die Regelung der wirtschaftlichen Demobilisierung. Dadurch werden die Demobilisierungsausschüsse in den einzelnen Gemeinden und die Demobilisierungskommissionen aufgehoben. Ferner treten bis 31. 3. 22 alle Anordnungen außer Kraft, die auf Grund der Bestimmungen über die wirtschaftliche Demobilisierung erlassen worden sind, sobald nicht eine gesetzliche Regelung erfolgt ist. Nunmehr erstattete namens des Ausschusses der braunschweigische Gesandte Boden Bericht über die Erhöhung der Postgebühren. Es handelt sich darum, das Defizit der Postverwaltung von rund 4 Milliarden Mark möglichst zu beseitigen. Durch die Erhöhung der Gebühren werde allerdings nur eine Mehreinnahme von 2 Milliarden erwartet. Bei der Beratung in den Ausschüssen wurde aber der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine allmähliche Abbürdung des Restes des Defizits erwartet werden könne, wenn wieder eine intensivere Arbeitsleistung bei der Postverwaltung eintritt. Im einzelnen wird das Gesetz über die Postgebühren dahin abgeändert, daß das Porto für einfache Briefe 60 Pfg. und für Postkarten 40 Pfg. betragen soll. Nach der Regierungsvorlage sollten für Briefe über 20 Gramm 1,20 Mark erhoben werden. Der Ausschuß des Reichsrates habe eine Mittelstufe von einer Mark für Briefe von einem Gewicht von 20 bis 100 Gramm eingefügt. Briefe über 100 Gramm können 1,50 Mark kosten. Schließlich erledigte der Reichsrat noch die beiden Eisenbahnetats für 1920 und 1921. Während der Etat für 1920 noch mit einem Defizit von 16,2 Milliarden berechnet wird, ist dieses für den Etat 1921 infolge der aus der Tariferhöhung zu erwartenden Mehreinnahmen nur noch auf 6 Milliarden berechnet. Minister Dr. Sachs betont aber, daß dies nur für den ordentlichen Etat gelte. Auch für den Etat 1921 werde mit einem Fehlbetrage von 11,7 Milliarden gerechnet werden können.

Umfangreiche Verschiebungen von Heeresgut nach Polen.

(TU) Seit längerer Zeit wird an der polnischen Grenze, unweit Lauenburg, ein schwunghafter Handel mit allen möglichen Waren getrieben, sodaß sich die Regierung von Lauenburg genötigt sah, eine Ueberwachungsstelle einzurichten. Jetzt ist es der Grenzpolizei gelungen, einen rumänischen Händler festzunehmen, der in Gemeinschaft mit einem Steuersekretär Heeresmaterial nach Polen verschieben wollte. Es handelt sich um einen Wert von 7 Millionen Mark, u. a. Flugzeuge, Geschütze, Maschinengewehre, Scherenfernrohre und 100 000 Stück verschiedener anderer Militärausrüstungen. Wie jetzt bekannt wird, hat die Verschiebung von 13 Maschinengewehren in Stolp eine überraschende Aufklärung gefunden. Durch das Geständnis eines von der Grenzpolizei wegen Verschiebung von Heeresmaterial verhafteten Besitzers aus dem Kreise Lauenburg hat sich herausgestellt, daß auch dieses Material nach Polen verschoben worden ist.

Eine Neubelebung der Hölzlade.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten melden aus Falkenstein: Hier wurden heute Plakate angeschlagen, die an die ehemaligen Notgardisten von Hölz und aktiven Teilnehmer.. der vorjährigen Märzkämpfe gerichtet sind. Der Text lautet:

Im Auftrage der revolutionären Vollzugsräte übergab Genosse Hölz im März vorigen Jahres nachstehenden Personen größere Geldsummen, die von den russischen Kampfgenossen zur Unterstützung bedürftiger Genossen stammen: Delikatessenhändler Matthes-Falkenstein 50 000 Mark, Weidäch-Falkenstein 38 000 Mark, Münch-Falkenstein 25 000 Mark, Fabrikanten Schunk-Untersachsenberg und Wesb-Untersachsenberg je 7500 Mark. Vorstehend angeführte Personen haben die ihnen anvertrauten Gelder unterschlagen. Außerdem hat der Oberspitzbube Schreiber-Falkenstein dem revolutionären Vollzugsrat 50 000 Mark gestohlen. Schreiber und seine Diebeskumpane haben durch ihre Handlungsweise viele Genossen in Not gebracht. Kampfgenossen! Vernichtet dieses Gewürm, wo ihr es findet! Greift diese Betrüger des Proletariats! Raubt ihnen Kleider und Möbel! Zerschlagt ihnen ihre gierigen Schmutzfinger! Brandmarkt sie an jedem Ort und zu jeder Zeit!

Die Polizeibehörde von Falkenstein hat die Staatsanwaltschaft sofort zu einer Untersuchung dieser von Unbekannten erhobenen Beschuldigungen veranlaßt. Bekannt ist, daß der beschuldigte Münch die Gelder zum Teil zurückgegeben hat. Der Händler Matthes bestreitet, russische Unterstützungsgelder empfangen zu haben. Man vermutet, daß sich unter den Unterzeichnern des Aufrufs der Leiter der revolutionären Jugendorganisation befindet.

Tagesereignisse.

— **(Noske zum ostpreußischen Heimatschutz.)** In einem Artikel der Ostpreußischen Volkszeitung beschäftigt sich Reichswehrminister a. D. Noske mit der ostpreußischen Heimatswehrfrage und schreibt u. a.: Da die Verhandlungen zwischen Rußland und Polen noch nicht zu einem Abschluß gelangt sind, so bleibt Ostpreußen gefährdet. Daß Reichswehr und Polizei bei außergewöhnlichen Umständen nicht genügend stark sind, hat sich gezeigt, als die Polen beträchtliche Teile der russischen Streitkräfte zum Uebertritt über die Grenze nach Ostpreußen zwangen. Damals hat sich ein bewaffneter Heimatschutz als dringend notwendig erwiesen.

— **(Beschlagnahme von Kriegsmaterialtransporten im polnischen Korridor.)** Durch die Presse gehen Mitteilungen über die im polnischen Korridor erfolgte Beschlagnahme von französischen Beutestücken, die aus Ostpreußen an die deutsche Luftfahrzeug-Uebergabekommission in Bischofsheim (Hessen) gesandt waren, um gemäß Anforderungsliste 42 der interalliierten Kommission an die französische Regierung zurückzugehen. Der Vorfall ist den amtlichen Stellen in Berlin erst durch die Mitteilung eines Königsberger Blattes bekannt geworden. Ermittelungen sind im Gange. — Der militärische Befehlshaber für den Bezirk des Wehrkreiskommandos I teilt dazu mit, daß Anordnungen getroffen seien, derartige Transporte nicht mehr auf dem Landwege in das Innere des Reiches zu bewerkstelligen.

— **(Ein „salomonisches" Urteil.)** Den ersten Streitfall zwischen der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung hat der Oberkommissar Haking jetzt in einer Weise entschieden, die die „Danziger Zeitung" salomonisch nennt. Die Polen hatten eine Kaserne im Hafenvorort Neufahrwasser mit Truppen belegt, mit der Motivierung, daß diese Truppen nötig wären, um die polnischen Lebensmitteltransporte durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu geleiten und sie so vor Beraubungen zu beschützen. General Haking erkennt in seiner Entscheidung die Schwierigkeiten beider Parteien an und betont, daß einerseits die souveränen Rechte Danzigs nicht verletzt werden dürften, daß aber andererseits der Republik Polen die freie und unbehinderte Benutzung des Danziger Hafens und der zu dem Hafen führenden Eisenbahn gegeben werden müßte. Der Oberkommissar gibt daher beiden Parteien den Rat eines friedlichen Ausgleichs, und zwar soll Danzig bis zur Bildung des Hafenausschusses gestatten, daß die polnischen Truppen in Neufahrwasser verbleiben, Polen soll dagegen in die Entwaffnung seiner Truppen einwilligen. Die Soldaten sollen Zivil und keine Waffen tragen.

— **(Deutsche Kinderhilfe.)** Wie der Vorstand der deutschen Kinderhilfe mitteilt, haben die Sammlungen in Berlin über 10 Millionen Mark ergeben. Hiervon sind von den Geldern über 2 Millionen Mark der Verwendung für besonders notleidende Gegenden Deutschlands (Oberschlesien, das Ruhrgebiet und das Erzgebirge) vorbehalten. Ein Teilbetrag von einer Million Mark wird auf Grund ärztlicher Gutachten zur Beschaffung von Hemden und Strümpfen verwendet werden. Laut Täglicher Rundschau beträgt das Gesamtergebnis der deutschen Kinderhilfe in Sachen 3¼ Millionen Mark.

— **(Der Bräutigam auf Reisen.)** Nach einer Havasmeldung aus Tokio, verläßt der Thronfolger, der sich vor kurzem mit der Tochter des Generals Kuni verlobte, am 3. 3. die Hauptstadt, um sich nach London zu begeben. Seine Abwesenheit wird auf sechs Monate berechnet.

Der Straßenbahnerstreik

ist im Industriegebiet vollständig durchgeführt. Seit gestern ruht der gesamte Verkehr von Duisburg—Elberfeld bis Hamm. Im ganzen sind 33 Kleinbahngesellschaften von dem Streik betroffen.

Die Verwaltung der Dortmunder Straßenbahnen erläßt, ebenso wie einige andere, folgende Aufforderung an die Streikenden: Nachdem die Arbeitnehmer trotz der seitens des Arbeitsministeriums in die Wege geleiteten Einigungsverhandlungen in den Streik getreten sind, hat der Arbeitgeber-Verband der Gruppen IX bis XI für Straßenbahnen heute dem Personal durch Aushang bekanntgegeben, daß alle diejenigen Arbeitnehmer, welche nicht am 19. Februar 1921 ihren planmäßigen Dienst aufgenommen haben, entlassen sind.

Weiter wird aus Arbeitgeberkreisen zum Straßenbahnerstreik mitgeteilt: Die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen den Parteien waren, wie bekannt, nicht erschöpft, als der Streik begonnen wurde. Der Reichsarbeitsminister hat dem Antrage der Arbeitnehmer, den letztergangenen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, nicht entsprochen und die Parteien zu neuen Verhandlungen auf den 21. ds. Mts. geladen. Dieser Einladung zu folgen, haben die Arbeitgeber sich sofort bereit erklärt und überdies der gesamten Belegschaft auf die zu erwartenden Lohnerhöhungen den Vorschuß von 150 bezw. 100 Mark ausgezahlt. Die Arbeitgeber haben also nicht grundsätzlich die Lohnerhöhung abgelehnt, sondern dieser in ihren Maßnahmen bereits Rechnung getragen. Außerdem haben sie bei dem Reichsarbeitsministerium Beschleunigung der Verhandlungen beantragt und dies vor Ausbruch des Streiks den Arbeitnehmern bekanntgegeben. Der arbeitstägliche Lohn betrug bisher für einen Schaffner 40,25 Mk. und für den Führer 41,40 Mk. Dazu kommt freie Kleidung, die von den Arbeitnehmerverbänden mit etwa 2 Mk. bewertet wird. Außerdem erhielten die Verheirateten ein Hausstandsgeld von 1,50 Mark für den Arbeitstag, sodaß für einen verheirateten Schaffner oder Führer mit zwei Kindern die Einnahme arbeitstäglich bisher auf 47 bis 48 Mk. anzusetzen war. Dazu kommen die sozialen Fürsorgen, Fortzahlung des Lohnes während des Urlaubs bis zu 14 Tagen, Bezahlung eines hohen Prozentsatzes des Lohnes bei Krankheitsfällen usw., sowie endlich Freifahrt auf der Straßenbahn, deren heutige Tarife Arbeitnehmer in anderen Betrieben auch nicht unerheblich belasten. Der ergangene Schiedsspruch sieht eine Erhöhung der Löhne um etwa 20 Prozent vor, die ohne eine Steigerung des Fahrttarifs von den Straßenbahnen nicht getragen werden kann. Es ist deshalb erklärlich, daß die Arbeitgeber darauf bestehen müssen, daß die höchste Instanz in diesen Angelegenheiten, das Reichsarbeitsministerium, erst eine Entscheidung fällt, bevor der Oeffentlichkeit eine neue Erhöhung der Tarife zugemutet werden kann.

Der Deutsche Transportarbeiterverband teilt mit: Die heute am 17. 2. tagende Konferenz der Grubenrats-, Zentralrats- und Vollzugsratsmitglieder der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale nimmt in Gegenwart der Vorstandsbeisitzer der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften und Beisitzer des Schlichtungsausschusses Kenntnis von dem Situationsbericht des Kollegen Engel über den Straßenbahnerstreik im Industriebezirk. Die Vertreter der Betriebsräte und der Gewerkschaften sprechen den um ihren Lebensunterhalt kämpfenden Kollegen ihre völlige Sympathie aus und sind gewillt, auch ihrerseits dafür einzutreten, daß die Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Mittel in Erwägung gezogen wird in allen anderen Industriegruppen, wenn ihren kämpfenden Kollegen nicht ihr Recht erteilt wird

Westfalen und Rheinland.

Im Wahlkampfe.

Kamen, 16. Febr. Die Zentrumspartei hielt am Mittwoch abend bei Goertz eine Versammlung ab. Was die Besucherzahl anbelangt, so zeigt sich hier dasselbe Bild wie bei den anderen Parteien: Der Besuch hätte bedeutend besser sein können. Der erste Vorsitzende der Partei, Herr Lehrer Weidekamp, brachte den Gruß des Willkommens. Der Besuch könne ihm nicht den Mut und die Hoffnung nehmen, daß alle zur Wahlurne gingen. Weiter machte der Vorsitzende mit dem Wahlmodus bekannt. Dann ergriff Herr Arbeitersekretär Isenrath-Hamm das Wort, um eingangs über die Wichtigkeit der drei Wahlen zu sprechen: Die Wahl zum preußischen Landtag sei gleich wichtig für die Innen- wie für die Außenpolitik, denn der Landtag übe maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Reichspolitik. Wir müssen gegenüber dem Ausland eine Alternative des Vertrauens schaffen. Wenn eine andere Regierung, als eine solche der Mitte ans Ruder käme, wäre auch unser moralisches Vertrauen verloren. Deshalb müssen wir eine Regierung haben, die unbedingtes Vertrauen hat und klar, sicher und zielbewußt ihren Weg geht. Redner ging dann auf das Pariser Diktat ein. Ausfuhr unserer Erzeugnisse ist nötig, wenn unsere Industrie nicht erliegen soll und diese Ausfuhr soll nun mit 12 Prozent belegt werden. Dadurch würden unsere Exportwaren um 12 Prozent teurer und kein Ausländer würde solche noch von uns beziehen. Die Folge sei Erliegen der Industrie, Arbeitslosigkeit usw. Dazu komme noch die Forderung von 226 Milliarden Goldmark. Eine solche Summe in Gold gebe es auf der ganzen Welt nicht, aber man wolle, daß das Verdienst unserer Hände Arbeit für ein Menschenalter nur zur Hälfte uns gehören solle. Das sei das Ziel Englands und Frankreichs. Hier Not an Kohlen, in Frankreich solcher Ueberfluß, daß man auf den Saargruben Feierschichten über Feierschichten einlegt und nicht zugibt, daß Saarkohlen nach Deutschland kommen. Und gehe Oberschlesien verloren, dann sei Deutschland erledigt. Durch die Wahl von Kreuzburg in Oberschlesien, wo bei der Stadtverordnetenwahl 200 nichtdeutsche und 5200 deutsche Stimmen abgegeben wurden, habe man die Hoffnung, daß Oberschlesien deutsche bleibe. ½ Million Arbeitslose habe Deutschland heute schon, die 12prozentige Ausfuhr bedeute Verelendung aller Schichten unseres Volkes. Aller Deutschen Pflicht sei es, die Regierung mit allen Kräften zu unterstützen. Dazu bedarf es aber einer Regierung der Mitte. Vielfach lege man den Preußenwahlen keine Bedeutung bei und besonders Sozialdemokraten haben gesagt, daß Preußen ruhig verfaulen könne, man wolle den Einheitsstaat. Da müsse er der Sozialdemokratie den Vorwurf machen, daß sie die Zeit nicht verstand. Um die Kleinstaaterei zu beseitigen, sei der 9. November 1918 der richtige Zeitpunkt gewesen. An diesem Tage habe man alles nur daran gesetzt, um in die Ministersessel zu kommen. Was unterscheidet denn die früheren preußischen Minister von den heutigen sozialistischen? Nur, daß die früheren eine blaue, die heutigen eine rote Weste anhaben. Redner ging dann auf die Finanznot ein. Ein Ausweg müsse geschaffen werden. Der Staat soll seine Beamten und Arbeiter gut ernähren, aber wir verlangen Vereinfachung der Verwaltung, die von sozialem Geist erfüllt sein muß, die sich von Menschlichkeitsgefühlen leiten läßt in Staat, Provinz, Kreis und Kommune. Der von Steinsche Gemeinschaftssinn muß alles beleben. In längeren Ausführungen behandelte Herr Isenrath die Kulturpolitik. Wir verlangen die christliche Schule, wir verlangen, daß Religion gelehrt wird und zwar für die Katholiken die katholische, für Evangelische die evangelische und für Juden die jüdische Schule. Unsere Kinder sollen erzogen werden, wie wir es wollen. Religion ist nötig, um den Stürmen des Lebens trotzen zu können. Religion soll Mittelpunkt der Schule sein, um das spätere Leben zu veredeln. Zur Frage der Trennung von Staat und Kirche erklärte der Redner, daß dieses zwei Dinge seien, die sich unbedingt ergänzen. Gefährlich sei es, wenn der Staat die Kirche abtrenne. Dann könne die Kirche aber auch zurückverlangen, was der Staat ihr früher geraubt habe und dann würde die Kirche 10 Mal reicher dastehen wie heute. Auf die Wohlfahrtspflege eingehend, warf Herr Isenrath dem Abg. Osterroth vor, ausgezeichnet kritisieren zu können, aber nie praktische Vorschläge zu machen. Als Beispiel führte er die Ablehnung des Etats durch Osterroth und seine Freunde in Hamm an. Die Not sei groß im Vaterlande, die Hälfte der Kinder in Berliner Schulen sei bei einer Untersuchung ohne Hemd gewesen und Säuglinge müsse man in Zeitungspapier wickeln. Hiergegen müssen Mittel und Wege gefunden werden. Bei der Wohnungsfürsorge habe die Sozialdemokratie versagt. Damaschke habe bei Einreichung von Vorschlägen, die die Linderung der Wohnungsnot betrafen, nicht einmal eine Antwort gefunden bei den damaligen sechs Volksbeauftragten. Die Wichtigkeit des Provinziallandtages, der das Heimatsparlament geben solle, setzte der Redner auseinander und kam näher auf den neugebildeten Staatsrat zu sprechen, um weiter das Wesen der Rechtsparteien zu beleuchten. Die Deutschnationalen, die einen Traub haben, lehnen wir in kultureller Beziehung ab. Sie sind es, die die heutigen Zustände herbeiführten. Auch die Deutsche Volkspartei, mit Dr. Hugo an der Spitze, seien die alten Kulturkämpfer, die nur die Hände, nicht die Seele der Arbeiter haben wollten. Auch können wir nicht nach links, denn der Sozialismus könne nichts bieten. Das Schlagwort Sozialisierung müsse jetzt herhalten, obwohl selbst die Sozialisten nicht sagen könnten, was sie nun eigentlich wollen. Bisher habe noch kein Sozialist gesagt, was sozialisieren sei. Auch das Zentrum wolle Umgestaltung, aber in menschenwürdigem Sinne. Was habe die Sozialdemokratie denn geleistet im Wirtschaftsleben. Redner erinnert an den Kampf Wissell-Robert Schmidt. Der Reichswirtschaftsminister wurde von Osterroth angegriffen, obwohl Osterroth selbst im Wirtschaftsministerium sitze und die Beschlüsse beeinflusse. Warum tritt Osteroth nicht aus, wenn er nicht mit dem Wirtschaftsminister zufrieden sei, aber Osteroth habe sich einen warmen Posten zu verschaffen gewußt. Christentum habe kein Spielraum bei den Sozialdemokraten. Haenisch habe gesagt, er würde sofort die Religion ausrotten, wenn er etwas besseres an deren Stelle setzen könne. Wir verlangen, daß das Christentum zur Geltung kommt auch im Staatswesen. Heute noch ist Mitternacht, aber durch Arbeit und Fleiß wollen wir dem strahlenden Mittag entgegen gehen, damit wir wieder singen können: O Deutschland hoch in Ehren, du heiliges Land der Treu'. Damit schloß der Redner seine Ausführungen, denen starker Beifall folgte. In der Debatte sprach Herr Strelinski in sachlicher, ruhiger Weise und versuchte, dem Redner einzelne Punkte zu widerlegen. Zwei weitere Redner sprachen für das Zentrum und insbesondere gegen die Deutschnationalen, die Schuld an dem heutigen Unglück seien. Isenrath trat Herrn Strelinski entgegen, und dann sprach Frl. Haarmann, Dortmund-Böninghausen, in echt christlichem Sinne Worte an die Frauen, behandelte den christlichen Einfluß auf sozialem Gebiet; Solidarität und Menschenliebe seien bei dem Zentrum wohlgeborgen. Jeder Stand solle gleiche Achtung finden. Insbesondere sei das Zentrum die Hüterin der Religion, aus dem alte lebendige Kräfte sprudelten. Nicht allein der Leib, sondern die Seele wolle auch Nahrung haben. Die Not der Seele sei die größte Not. Rednerin geißelt dann die heutige Zeit der Versumpfung und Verkommenheit, der Genußsucht und Sinnlichkeit. Die Autorität Gottes müsse wieder Geltung haben. Der Mut zum Christentum müsse wieder vorherrschen. Mit einem Wort an die Frauen, die christliche Partei, das Zentrum, zu wählen, schloß die Rednerin ihre ausgedehnten Ausführungen. Bei der Ausdehnung der Versammlung und der vorgeschrittenen Zeit konnte das Interesse für den von hohem Idealismus getragenen Vortrag nicht mehr so sein, wie er es verdiente.

* *

Kamen, 18. Febr. **(Verschiedenes.)** Zum **Steuerabzug vom Arbeitslohn** wird vom Finanzamt mitgeteilt, daß die in manchen Kreisen bestehende Auffassung, als ob nur der Grundlohn und nicht auch der Akkordlohn dem Steuerabzug unterworfen sei, irrig ist. Es unterliegt der in der Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen bei achtstündiger Arbeitszeit verdiente Akkordlohn regelmäßig in gleicher Weise wie der Grundlohn dem Steuerabzug. Von dem Steuerabzuge sind bis auf weiteres lediglich freizulassen die darüber hinausgehenden besonderen Entlohnungen für Ueberstunden, Ueberschichten und Sonntagsarbeiten.

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem **der 6. März 1921 zum allgemeinen Trauertag erklärt** wird. Der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage der dauernden Einführung eines nationalen Trauertages weiteren Erwägungen vor.

Im Interesse der Wähler werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß dem Wahlberechtigten im Wahllokale zwei Umschläge verabfolgt werden. In diese beiden Umschläge (grau und blau) legt der Wähler je einen Stimmzettel der Partei, die er zu stärken gewillt ist.

In die Schuldendeputation wurden aus Bürgerkreisen die Herren Dr. Lutter, Justizobersekretär Rest und Lehrer Fricke (als Ersatzmänner die Herren Oskar Gärtner, Schreiberamp und Uhlert) gewählt. Einer Verwechselung wegen weisen wir besonders darauf hin.

(Kapitalertragsteuer.) Auf Grund des § 9 Abs. 2,2 des Kapitalertragsteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzblatt Seite 135) ist durch Verordnung vom 3. Januar 1921 bestimmt worden, daß für gewisse Kapitalerträge eine Steuererklärung abzugeben ist. Die Frist läuft vom 1. bis 22. März 1921. Erklärungspflichtigen wird zusammen mit dem Vordrucke für die Einkommensteuererklärung nach Möglichkeit rechtzeitig ein Vordruck zugesandt werden.

In der Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände am gestrigen Mittag wurde beschlossen, **das Ueberschichtenabkommen für den Ruhrbergbau zu kündigen**, dahingehend, daß ab 13. März keine Ueberschichten mehr verfahren werden vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

(Die Neuregelung der Sonderzulagen an die Bergarbeiter.) Zu den gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über die Neuregelung der Sonderzulagen an Bergarbeiter wird von zuständiger Stelle u. a. mitgeteilt: Infolge des Kohlenabkommens von Spaa wurde die bis dahin gewährte Förderspeckprämie auf 200 Gramm erhöht und an alle Bergarbeiter ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung gewährt, und zwar zu einem verbilligten Preise. Die bisherige fettarme Streichwurstzulage von 150 Gramm wurde durch einen Zusatz von 25 Prozent Fett oder Speck verbessert, außerdem wurde eine weitere Wurstzulage (Mett-, Fleisch- oder Plockwurst) von 350 Gramm gewährt und zwar ebenfalls zu einem verbilligten Preise. Schließlich erhielten die Bergarbeiter noch besondere Brot- und Fettzulagen. Die durch die verbilligte Ausgabe entstandenen Unkosten sollten aus dem sogenannten Fünf-Goldmark-Fonds gedeckt werden. Dieser reichte aber hierfür nicht aus, sodaß die Preise für die Sonderzulagen ab Mitte Dezember 1920 erhöht werden mußten. Die Streichwurstzulage fiel fort. Mitte Januar wurde der Speckpreis wieder auf 7 Mk. ermäßigt. Mitte Februar wurde der Fettpreis auf 10 Mk. herabgesetzt. Die Wurst kostet nach wie vor 15 Mk. Das Ueberschichten-Fett wird von den Bergarbeiterorganisationen beschafft, der Speck vom Reich und die Wurst durch die Reichsfleischstellen bezw. ihre Provinzialstellen. Es wird für die Wurstbereitung zum allergrößten Teil Auslandsvieh verwandt. Die Verteilung der Zulagen erfolgt fast überall durch die Zechen.

(Geplante Freigabe der Milchwirtschaft.) In den letzten Tagen haben erneut Besprechungen über die geplante Umstellung der Milch- und Fetthewirtschaftung stattgefunden, die erkennen lassen, daß trotz des Widerstandes der großen Städte die zuständigen Behörden auf dem Standpunkt stehen, daß an die Stelle der Zwangsablieferungen die Lieferungsverträge zwischen den Landwirten und Handel treten müssen, wenn man eine Steigerung der Milchlieferung für die großen Städte durchführen will. Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, besteht die Aussicht, daß noch in diesem Frühjahr die Freigabe der Milchwirtschaft erfolgen wird. Man rechnet auf Grund eingehender Kalkulation damit, daß die Milch beim Produzenten auf 1,70—1,80 Mark zu stehen kommt. Einschließlich der Transportkosten und Händlerverdienstes würde der Milchpreis zwischen 2,40 bis 2,50 Mark in den Städten schwanken. Landwirte, die sich weigern, Lieferungsverträge mit städtischen Milchhändlern abzuschließen, sollen gezwungen werden, ihren gesamten Milchertrag zum Preise von 1,15 Mark zur Verfügung zu stellen.

*

Erfolgreiche Waffensuche im Industriegebiet.

Seit einiger Zeit ist in unserem Industriegebiet eine sog. Waffensuchkolonne tätig, die sich aus Beamten des Industriegebiets zusammensetzt und etwa 50 Mann umfaßt. Die Kolonne nimmt regelmäßig in allen Städten Haussuchungen nach verborgenen Waffen vor und hat bis jetzt erhebliche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Sogar Maschinengewehre und Handgranaten sind gefunden worden. Die Beamten berichten, daß die meisten Funde nicht in den dicht bevölkerten Städten, sondern in den in ihrer Nähe liegenden kleineren Orten gemacht wurden. So wurden in Töntsheide Maschinengewehre, Karabiner, Handgranaten und Munition gefunden. Nach bisherigen Erfahrungen sind die Leute überzeugt, daß im Ruhrgebiet noch eine größere Menge Waffen verborgen gehalten werden müsse. Depots findet man selten, da sie zu gut verborgen gehalten werden. Doch nach Austeilung, die anscheinend regelmäßig geschieht, wurden die Waffen immer in den Wohnungen versteckt gefunden, trotzdem auf Befragen fest versichert wird, daß keine Waffen vorhanden sind. Die liebsten Verstecke sind die Betten, während man Handgranaten und Munition säuberlich verpackt in den Ställen findet. Auch genügt schon das Bekanntwerden der Anwesenheit der Kolonne, um am andern Tage in den anschließenden Straßen eine Menge fortgeworfener Waffen zu finden. Daß auch jetzt noch eine Verteilung von unbekannten Depots aus stattfinden, schließen die Beamten daraus, daß an früher durchsuchten Stellen später wieder Waffen gefunden werden und daß die Inhaber der Waffen, wenn man sie ihnen fortgenommen hat, offen damit drohen, daß sie sich bald wieder im Besitz neuer Waffen befinden und dann abrechnen werden. Der größte Teil der Waffenbesitzer sind junge Burschen im Alter von 20 bis 25 Jahren.

*

(Gefährdung von Automobilen durch Schulkinder.) Der Kraftwagenverkehr wird nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande durch Schulkinder dadurch gefährdet, daß diese nach vorüberfahrenden Fahrzeugen mit Sand, Steinen oder anderen Gegenständen werfen oder beim Herannahen von Kraftfahrzeugen Gegenstände auf die Straße werfen, die den Wagen in Gefahr bringen. Der Minister für Volksbildung hat jetzt die Regierungen und Provinzialschulkollegien auf ältere Verfügungen seines Bereichs zur Bekämpfung dieses Uebelstandes aufmerksam gemacht. — Eine weitere verwerfliche Unsitte der Kinder besteht darin, daß sie auf die unbeaufsichtigt auf der Straße stehenden Automobile klettern und durch Verstellen der Hebel und durch Spielereien an den Hupen großen Unfug und Schaden anrichten. Ermahnungen durch Erwachsene helfen gar nichts; im Gegenteil, diese werden von den Bengels obendrein noch verspottet. Hier hilft nur recht kräftige Benutzung des spanischen Rohres durch die Eltern und Erzieher.

(Die verschobene Kondensmilch.) Der Verein gegen das Bestechungsunwesen, Berlin, teilt mit: Der vor dem Wuchergericht des Landgerichts I Berlin vor kurzem beendete Bestechungsprozeß gegen Marcilier und Genossen verdient die besondere Beachtung der staatlichen und städtischen Bewirtschaftungsstellen. Karl Marcilier war der 27jährige junge Mann in der Reichsfettstelle, der sich rasch das Vertrauen seiner Vorgesetzten erwarb, welche alsdann alles unterschrieben, was er ihnen vorlegte. Der Potsdamer Stadtsekretär Fritz Domke war der erfahrene Beamte, den niemand zu kontrollieren wagte. Die Gerichtsverhandlung ergab die erstaunliche Tatsache, daß Domke nach Aufdeckung der Schiebungen im Amt belassen wurde, weil andernfalls die Versorgung der notleidenden Potsdamer Bevölkerung — gefährdet sei. Domke forderte die Kondensmilch für die Stadt Potsdam an und Marcilier teilte sie der Stadt Potsdam zu, obwohl Potsdam längst sein Quantum bekommen hatte und eine geringe Kontrolle an einer der beiden Stellen dies hätte ergeben müssen. Es handelte sich um ausländische Kondenzmilch, deren Gestehungspreis aus den Milliardenzuschüssen des Reiches „gesenkt" war. Marcilier und Domke schoben die Milch zum „gesenkten" Preis von 3,60 Mark ihren Helfershelfern zu und diese verkauften sie mit Hilfe der von Domke ausgefertigten amtlichen Dokumente für 7,60 Mk. an den Großhandel. In den Verbrauch kam die Milch mit etwa 9 Mk. pro Dose. Die Hauptstraftat war Betrug, begangen am Reich, ferner Bestechung und unlautere Machenschaften. Karl Marcilier erhielt 9 Monate Gefängnis, seine Tante Betty Marcilier, die Verführerin, 7 Monate, Stadtsekretär Domke unter Zubilligung mildernder Umstände 6 Monate, der Schankwirt Max Marcilier 3 Monate und der Bäckermeister Fritz Lange in Potsdam, der Strohmann Domkes, 2 Monate. Domke trifft aber außerdem, wie der Gerichtsvorsitzende nachdrücklich betonte, als unabwendbare Folge der Verlust seiner Stellung.

! **Lünern**, 18. Febr. **Eine Razzia auf Schleichhändler und Schieber** veranstalteten die beiden Landjäger von Hemmerde und Lünern in der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. auf der berüchtigten Werler Chaussee. Der Erfolg war glänzend und legt wiederum einen Beweis dafür ab, was unter dem Schutz der Nacht nicht alles verschleppt wird. So wurden einem Landwirt aus Lünern zehn Zentner Weizen, einem Händler aus Holzwickede sieben Zentner Hafer und einem Händler aus Holtum Kreis Soest sechs Zentner Weizenmehl und etwa 16 Zentner Hafer beschlagnahmt. In sämtlichen Fällen sollten diese Mengen verbotswidrig ausgeführt und wer weiß wo verschachert werden. Die beschlagnahmten Getreidemengen usw. wurden der Allgemeinheit zugeführt.

* (s) **Garenfeld**, 17. Febr. **(Einbruchsdiebstahl.)** In der vorletzten Nacht wurde bei dem Wirt Georg Geitz hier ein ungemein frecher Einbruchsdiebstahl verübt. G. hatte tags vorher eine Kuh verkauft und den Erlös — etwa 8000 Mark — in seinem Wohnzimmer aufbewahrt. Hiervon müssen die noch nicht ermittelten Täter nun wohl Wind bekommen haben, sie haben ein Loch in die Wand gebrochen, sich auf diesem Wege Eingang in das Zimmer verschafft und den ganzen Betrag geraubt. Auf die Ermittlung des Täters und die Herbeischaffung des Geldes hat der Bestohlene eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

*

Ein mit 30 Jahren Zuchthaus vorbestrafter Verbrecher vor dem Schwurgericht.

Dortmund, 18. Febr. Ein ganz „schwerer Junge" betrat vorgestern in der Person des Bergmanns Fritz Breuer die Anklagebank, um sich wegen eines mit zwei schon abgeurteilten Genossen Lukaschewicz und Marciniak verübten Einbruchdiebstahls und versuchten schweren Raubes zu verantworten. Friedrich Breuer ist 1889 in Recklinghausen geboren und steht seit einigen Jahren fortgesetzt im Widerspruch mit dem Strafgesetzbuch. So ist er wegen Straßenraubs mit 2 Jahren, wegen schweren Diebstahls mit 2 Jahren und mit 8 Monaten Gefängnis, wegen versuchten Totschlags mit 3 Jahren Zuchthaus usw. bestraft worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob und zu wie viel er in letzter Zeit verurteilt worden sei, antwortete Breuer lächelnd, daß er noch verschiedene Male von den verschiedensten Gerichten bestraft worden sei. Es seien einige dreißig Jahre Zuchthaus, die gegen ihn erkannt worden seien. Erst Dienstag ist er von der hiesigen Strafkammer mit einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten bedacht worden, weil er geständigermaßen im Jahre 1919 mit noch 6 Kumpanen, Schuhmacher, Faust, dem langen Franz, Friedrich, Ostermeier usw. nach zweimaligem Mißlingen beim Wirt Mülker in der Münsterstraße eingebrochen war und zwei Kisten mit Wein und Spirituosen gestohlen hatte, um mit seinen Diebesgenossen den Erlös für die kostbaren Getränke zu versaufen, und weil er ferner auf einer Autogarage Autoreifen zu stehlen und schließlich noch in ein Lagergebäude einzubrechen versucht hatte. Bei der letzten Tat erwiesen sich Schutzleute als Störenfriede, auf die Breuer schoß, um sie sich vom Leibe zu halten. Bei Gelegenheit der Strafkammerverhandlung protestierte Breuer gegen die ihm vom Staatsanwalt zugeschriebene Gemeingefährlichkeit mit den Worten: „Na so gefährlich, wie Sie es machen, bin ich denn doch nicht. Machen Sie sich nur keine Dinger zurecht!" Uebrigens wurde Breuer der Strafkammer im Schmuck von eisernen Armbändern vorgeführt, benahm sich aber so vernünftig, daß ihm der Schmuck abgenommen wurde. Mittwoch gab ihm die Anklage schließlich am 28. Januar 1919 in Habinghorst mit Lukaschewicz und Marciniak beim Wirt und Brennereibesitzer Heinrich Kleinalstede bewaffnet eingebrochen, Zigarren, Kognak, silberne Bestecks und verschiedenes andere gestohlen und versucht zu haben, Geld zu rauben. Breuer gibt folgende Schilderung seiner Straftat: Marciniak, der übrigens wegen schweren Diebstahls und versuchten schweren Raubes schon früher zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, während Lukaschewicz mit 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis davongekommen ist, Marciniak habe gesagt, bei Kleinalstede sei etwas zu machen. Dort stehe ein hölzerner Geldschrank, den man leicht wegschaffen könne. Nachts seien sie zu Kleinalstede gegangen, der eine habe eine Fensterscheibe zertrümmert und, während Marciniak im Straßengraben mit einem Karabiner in Anschlag sich legte, um zu schießen, wenn „etwas passieren sollte", sei L. mit Breuer eingestiegen. In der Wirtschaft hätten sie erst tüchtig Kognak und Likör getrunken, Zigarren, Gabeln und Messer, Lebensmittelkarten usw. zu sich gesteckt und seien dann in das Zimmer gegangen, in dem der Geldschrank stand. Der hölzerne Unterbau habe sich leicht öffnen lassen, doch hätten sie darin nichts Begehrenswertes gefunden. Der Geldschrank selbst habe ihren Bemühungen widerstanden, sodaß sie sich entschlossen, den Schlüssel zum Schrank sich zu holen. Als sie die Treppe hinauf zu den Wohn- und Schlafzimmern der Familie Kleinalstede polterten, erwachte die Schwester Hedwig des Wirts Kleinalstede, ging zur Treppe und wurde von den ihr entgegenkommenden Räubern Breuer und L. bedroht. Breuer hielt ihr, wie die Bedrohte entgegen den Angaben des Angeklagten bekundet, einen Karabiner auf die Brust und verlangte die Schrankschlüssel. Die Dame flüchtete und schloß sich in ihr Zimmer ein. Als es etwas ruhig geworden, die Räuber anscheinend das Haus verlassen hatten, weckte sie ihren Bruder und dieser trat ans Fenster nach der Straße zu, um zu sehen, was da los wäre. Kaum hatte er sich gezeigt, so rief ein Mann: „Achtung! 15—18 Spartakisten von Bochum kommen! Gebt die Schlüssel zum Geldschrank heraus, dann passiert Euch nichts!" Da aber wurden auch schon drei Schüsse von Marciniak abgegeben. Die Kugeln flogen ihm dicht am Kopf vorbei, trafen zum Glück aber nicht. Kleinalstede zog sich nun in ein hinteres Zimmer zurück, kletterte hinaus und eilte zur Polizei, um diese zu alarmieren. Es wurde nun eine Streife gegen das Kleinalstedesche Gehöft unternommen. Bei dem Gehöft kam es zu einer Schießerei, worauf die Räuber verschwanden. Marciniak wurde als verdächtig am folgenden Tage in seiner nahe gelegenen Wohnung verhaftet und gab die Namen seiner Kumpanen an. Breuer hat sich bis vor kurzem dem Strafrichter zu entziehen vermocht und in dieser Zeit eine ganze Reihe der gefährlichsten Taten verübt, die zum Teil erst noch ihre Sühne finden sollen. Der Staatsanwalt Dr. Hester kennzeichnete den Angeklagten als einen gemeingefährlichen Menschen schlimmster Sorte, den für längere Zeit unschädlich zu machen Pflicht der Gerichte sei. Man dürfe sich durch nichts abschrecken lassen, diese Pflicht im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen. Ausgeschlossen sei es, dem Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach schwerem Diebstahl und versuchten schweren Raubes im Rückfalle und verneinten das Vorhandensein mildernder Umstände. Staatsanwalt Dr. Hester beantragte 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Urteil des Gerichts lautet auf insgesamt 7 Jahre Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht. Mit der größten Gemütsruhe nahm Breuer dies Urteil entgegen und erklärte, sich dabei beruhigen zu wollen.

*

** **Höntrop**, 15. Febr. **Ein Streit um die Pflichtfortbildungsschule** ist hier entbrannt, der nicht nur zu einem Schulstreik geführt hat, sondern auch noch die Gerichte beschäftigen wird. Im Frühjahr 1920 hatte das Amt Wattenscheid, entgegen dem Beschluß der Höntroper Gemeindevertretung und ohne die Gewerbetreibenden und Handwerker in Höntrop befragt zu haben, die Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule beschlossen. Die Gemeindevertretung hat sich im November und Dezember vorigen Jahres noch dreimal gegen die Pflichtfortbildungsschule ausgesprochen, aber die Errichtung einer freiwilligen Fortbildungsschule beschlossen. Das Amt Wattenscheid versucht nun, durch zahlreiche Strafmandate den Besuch der Pflichtfortbildungsschule zu erzwingen. Dagegen haben die Gewerbetreibenden und Handwerker in Höntrop in einer Protestversammlung Stellung genommen und gerichtliche Entscheidung beantragt. Sie weigern sich vorläufig, ihre Lehrlinge zur Pflichtfortbildungsschule zu schicken.

Kamener Zeitung

Achtung!

Der Stimmzettel der Deutschen Volkspartei

für die

Preuß. Landtagswahlen
Westf. Provinziallandtagswahlen
Kreistagswahlen für den Landkreis Hamm

sieht so aus:

Landtag
Provinz
Kreis

Deutsche Volkspartei

Jeder **Wähler** erhält im Wahllokale **zwei Briefumschläge** und zwar **einen** mit dem **Aufdruck Landtagswahlen** und **einen** mit dem **Aufdruck Provinziallandtag, Kreistag.** In **jedem** dieser **Briefumschläge** steckt der Wähler **einen** der oben abgebildeten

Stimmzettel.

Er wählt damit sämtliche Kandidaten der

Deutschen Volkspartei

für den

Landtag
Provinziallandtag und
Kreistag. 832

Achtet auf den Stimmzettel mit dem Aufdruck:

Deutsche Volkspartei.



Gerade
weil die Schuhe so teuer sind, ist zur Pflege das Beste gut genug, deshalb
spare durch
Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Haus- und Grundbesitzer-Verein
Kamen, e. V.

Sonntag, den 20. ds. Mts., nachm. 5 Uhr im Restaurant Wilh. Klüpper am Rathaus

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

Wegen wichtiger Beratungen wird um zahlreiches Erscheinen ersucht. Alle diejenigen, die die Absicht haben, dem Verein beizutreten, werden zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß Mitglieder, die bis zum 1. März dieses Jahres dem Verein beitreten, von der Zahlung des Eintrittsgeldes befreit sind.

834 **Der Vorstand.**

Hygienische Artikel
Frauenduschen, Gummiwaren

liefern in anerkannt erstklassiger Qualität auf Grund langjähriger fachmännischer Erfahrung zu billigsten Preisen 629

Bendin & Co., Dortmund I.,
Schließfach 470.
Preisliste gratis und franko.

Phrenologin, Handlesekunst!

Nur bis Freitag abend unwiderruflich letzte Sprechstunde beim Wirt Sorge, Methler-Kaiserau. 821

Frau Henkenjohann, Gütersloh.

Bin von heute ab an das hiesige Fernsprechamt unter

Nr. 297

angeschlossen.

Carl Göbmann,
Weststraße 18,
838 Tabakfabrikate-Großhandlung.



Es wird bekanntgegeben, daß nach § 2 der Betriebsordnung für den öffentlichen Schlachthof vom 17. Februar 1911 Lohnschlachter nur zugelassen werden, wenn sie ihre Unbescholtenheit und Fähigkeiten nachweisen. Zur Nachprüfung dieser Vorschrift haben Personen, die als Privatschlachter weiterhin tätig sein wollen, ein polizeiliches Führungszeugnis und den Nachweis einer vor der Prüfungskommission der Metzgerinnung abgelegten Prüfung der Schlachthofverwaltung bis zum 1. März 1921 einzureichen. Nach diesem Termin werden Privatschlachter ohne diese Nachweise nicht mehr zugelassen. 815

Kamen, den 15. Februar 1921.

Die Schlachthofverwaltung: Dr. Meyer.



Wir weisen darauf hin, daß **Krieger**, die jetzt noch an Kriegsfolgen sterben, auf dem hiesigen Ehrenfriedhof beerdigt werden können. Auskunft erteilt der Friedhofsgärtner und das Bauamt. 830

Kamen, den 14. Februar 1921.

Der Magistrat: gez. Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

Gemäß Erlaß des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Dömänen und Forsten vom 8. Februar 1921 wird der Zeitpunkt der **Neuwahl zu den Landwirtschaftskammern auf Sonntag, den 20. März 1921,** festgesetzt.

Als Schlußtermin für die Einreichung der Wahlvorschläge an den Wahlkommissar ist der 5. März 1921 bestimmt worden.

Hamm, den 14. Februar 1921.

Der Wahlkommissar: Schulze-Pelkum.

Ist die Deutsche Volkspartei eine Volks-Partei?

Vertritt sie die Interessen des ganzen Volkes?

Für die Preußenwahlen sind — wenn man die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6. Juni zu Grunde legt — nach Berufen geordnet an sicherer Stelle aufgestellt:

7 Landwirte,
8 Vertreter von Industrie und Wirtschaft,
9 Vertreter von Handwerk und Kleinhandel,
4 Arbeitnehmervertreter,
4 höhere Schulmänner,
4 Schulinspektoren bezw. Rektoren,
3 Volksschullehrer,
4 Pfarrer,
7 Beamte,
3 Juristen,
2 Vertreter der freien Berufe,
1 Offizier,
4 Frauen, darunter 2 Hausfrauen, 1 Oberlehrerin, 1 Volksschullehrerin.

Die **Antwort** muß deshalb lauten: 819

Ja!

Wer das Volkswohl an die Spitze stellen will, der:

Wähle die Deutsche Volkspartei!

Kamener Lichtspiele

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.
Zentral-Heizung. Weststrasse 20.

Spielplan vom 18. bis 21. Februar 1921.
Heute beginnen wir mit dem Großstadt-Programm!

I. Teil! I. Teil!

Judex neue Mission

Das Rätsel der Kriminalistik

in 5 Abteilungen und 26 Akten.

In der Hauptrolle:
Friedolin Mayer und Philipps Wels.

Staatsanwalt Briands Abenteuer

Großer Detektivschlager in 2 Episoden von Helmuth Ortmann.

I. Teil:

Die ungültige Ehe

6 spannende Akte. 837

An allen Tagen erstkl. Künstler-Konzert unter Mitwirkung des Herrn Kapellmeisters Fr. Rudzuck.

Aenderungen vorbehalten. D. D.

U.-T.-Lichtspiele Kamen

Von Freitag, den 18. bis Montag, den 21. Februar:

Die Sensation des Tages

unser erster großer Schlager, der mit großer Spannung erwartete Film:

Die letzte Gala-Vorstellung des Zirkus Wolfson

Großes Sensations-Zirkusdrama in 6 Abteilungen.

Erbprinz Heinrich liebt die Tochter des Zirkusdirektors und wird vor der Flucht mit derselben zum Hofe zurück gerufen, um die Regierung zu übernehmen. Der Seelenkampf des Erbprinzen zwischen Liebe und Pflicht ist ergreifend, bis die Pflicht siegt und er sich mit der Prinzessin Helene vermählt. Der in diesem Stück mitwirkende Affe wurde eigens für diesen Zweck 6 Monate lang vorher dressiert. Zum Schluß der große Zirkusbrand.

II.

„Menschen von heute"

Sittendrama in 5 Akten.

In den Hauptrollen: **Grete Freund** und **Felix Basch.**

Für Jugendliche verboten.

Ab nächsten Freitag: **Anna Boleyn.**

Kassenöffnung Wochentags 5½ Uhr.

841

Westfalen und Rheinland.

Dortmund, 16. Febr. **(Schwurgericht.)** Der Maschinist Richard Eckardt und dessen Ehefrau Sophie Eckardt sind angeklagt, an einem am Abend des 15. Februar v. J. auf der Borsigstraße gegen den Händler Fritz Engelkemeier verübten räuberischen Ueberfall beteiligt gewesen zu sein. Schon in der vorigen Schwurgerichtstagung standen die Eheleute Richard und Sophie Eckardt wegen derselben Sache vor den Geschworenen. Die Verhandlung wurde damals aber vertagt. Der Tatbestand sei kurz wiedergegeben: Der Händler Fritz Engelkemeier kam am 15. Februar v. J. in das „Schmuckkästchen", wo sich auch der Angeklagte befand, und später dessen Ehefrau mit einer Freundin einfand. E. ließ viel draufgehen, wobei ihm Frau Eckardt und einige andere Damen halfen. Am Abend will Engelkemeier mit Frau Eckardt das „Schmuckkästchen" verlassen haben und, nachdem sie in der Nachbarschaft eine Tasse Kaffee zusammen getrunken, von ihr nach der Borsigstraße verschleppt worden sein. Dort haben, sagte Engelkemeier, ihn, während Frau Eckardt auszutreten, zwei Männer überfallen und beraubt. Eckardts bestreiten, daß Frau Eckardt mit Engelkemeier das „Schmuckkästchen" verlassen habe, und behaupten, zusammen weggegangen, dann im „Posthorn" zu Abend gegessen und spät noch im „Kyffhäuser" gewesen zu sein. Sie ließen sich ihre Angaben durch einige, z. T. allerdings nicht einwandsfreie Zeugen, bestätigen, wie sie auch bemüht waren, die Glaubwürdigkeit des an jenem Tage stark angetrunkenen Engelkemeier zu erschüttern. Nun konnte Eckardt aber nicht in Abrede stellen, daß er, während seine Frau sich auf seriem Fuße befand und ein recht freies Leben führte, seine Frau einem Mitgesangenen gegenüber belastet hatte. Er will es aus Aerger darüber, daß seine Frau sich von ihm scheiden lassen wollte, getan haben. Die Geschworenen verneinten die auf Beteiligung an dem schweren Raub gerichteten Schuldfragen bei beiden Angeklagten, bejahten aber die Fragen nach Beihilfe, indem sie den Angeklagten mildernde Umstände, die der Staatsanwalt versagt wissen wollte, zubilligten. Das Gericht erkannte gegen Richard Eckardt mit Rücksicht darauf, daß er offenbar die Triebfeder bei der Beraubung Engelkemeiers war und schon mehrfach wegen Eigentumsvergehens vorbestraft ist, auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde ihm mit 11 Monaten, 2 Wochen angerechnet. Außerdem wurden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Sophie Eckardt wurde, weil sie unter dem Einfluß ihres Mannes gehandelt hat und noch unbestraft ist, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft kam darauf mit 6 Monaten in Anrechnung. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden der Angeklagten auf 3 Jahre aberkannt.

*

Tombrock vor Gericht.

Essen, 17. Febr. Ueber den gestrigen 6. Verhandlungstag im Wasserturmprozeß berichtet die „Rhein.-Westf. Ztg.": Die Verhandlungen beginnen gleich mit einer kleinen Ueberraschung. Verteidiger Levy bittet, einen Brief verlesen zu dürfen, den er von Tombrock erhalten haben will. In diesem Brief will Tombrock alle seine bisherigen Aussagen widerrufen und erklärt haben, vor Gericht zu erscheinen, wenn ihm die Gewähr gegeben werde, daß er nicht verhaftet werde. Der Brief bleibt einstweilen ungelesen am Platz des Vorsitzenden liegen. Dann kommt die zweite Ueberraschung: Der Polizeibeamte tritt ein und meldet dem Vorsitzenden, Tombrock sei da. Es gibt eine große Bewegung im Gerichtssaal. Gleich darauf tritt Tombrock selbst ein. Er tritt sicher und selbstbewußt auf, spricht fließend und zeitweilig sogar etwas überstürzt. Der erste Eindruck, den man von ihm bekommt, ist merkwürdig: Gerissenheit und Ueberzeugung, Glaubwürdigkeit und bewußte Zurückhaltung in seinen Aussagen ergeben ein Gesamtbild, von dem man nur schwer sagen kann, ob Wahrheit oder das Gegenteil davon den Grundton ausmachen. Er beginnt seine Aussagen mit der Erklärung, daß er aus seinem Antriebe gekommen sei und sich bislang versteckt gehalten habe, weil er fürchtete, wegen einer gegen ihn erhobenen Anklage des Mordes verhaftet zu werden. Der Hauptgrund seines Kommens sei gewesen, die Angeklagten durch seine Aussagen vor einer unschuldigen Verurteilung zu bewahren. Als man ihm vorhält, ein Spitzel der Polizei gewesen zu sein, wird er aufgeregt und schlägt einen frechen Ton an. Mit Bestimmtheit behauptet er, von der Polizei niemals Bestechungsgelder erhalten zu haben und auch niemals in deren Diensten gewesen zu sein. Auf die Frage des Verteidigers, ob er auch von keiner sonstigen staatlichen Stelle Gelder erhalten habe, antwortet Tombrock: Ich verweigere darüber die Auskunft. — Dann kommt die seltsame Eröffnung, daß in Münster ein Offizier der Reichswehr versucht habe, ihn für Spitzeldienste zu gewinnen. Erst habe er abgelehnt. Nach 6 Wochen sei aber wieder ein Offizier gekommen, und da habe er sich bereit erklärt, als Spitzel in den Dienst des 7. Armeekorps in Münster einzutreten, um seiner Partei, der K. A. P. D. Dienste leisten zu können. Spitzeldienste will er aber trotzdem nicht geleistet haben; Beweis dafür sei seine kurz darauf erfolgte Entlassung aus dem Militärdienst. Wie treu er zu seiner Partei auch während dieser Zeit gestanden hat, versucht er durch die Erklärung zu erhärten, daß er Eppstein und einige seiner Genossen, gegen die ein Haftbefehl erlassen worden war, rechtzeitig gewarnt habe. Alles in allem will er von Münster 1000 Mark erhalten haben.

Die Verteidigung will von Tombrock erfahren, ob außer ihm noch andere Spitzel für Münster tätig waren. Ein darüber vorgenommener Gerichtsbeschluß lautet auf Nichtzulassung dieser Frage an den Zeugen. Unter Zugeständnis der Aussageverweigerung im Falle der Gefahr der eigenen Belastung schildert Tombrock dann den Verlauf der Kämpfe und sein Zusammentreffen mit einigen der Angeklagten, die auf seine Angaben hin verhaftet wurden. Die vielerwähnte Ansprache, in der dazu aufgefordert wurde, keinen Pardon zu geben, hat er mit angehört, der Mann aber, der diese Rede hielt, sei nicht Schlüter gewesen. Interessant ist es, mit welcher Wärme Tombrock für Eppstein eintritt. Er sagt, daß er, trotzdem er ein Führer der Rotgardisten in den Kämpfen am Wasserturm gewesen sei, weder Eppstein noch einen Abgesandten von ihm gesehen habe. Höchst merkwürdig ist aber die folgende Erklärung: Er könne beschwören, daß Eppsteins Kinder nicht auf der Straße, sondern „oben" waren. Voller Widerspruch sind dann teilweise die weiteren Ausführungen Tombrocks. Er widerruft zwei frühere Aussagen, will zwei der Angeklagten nach seinen eigenen Worten entlasten, belastet sie aber — ob bewußt oder unbewußt, läßt sich schwer sagen — durch diese unklaren Angaben eher noch mehr. Die Verteidigung fährt mit schwerem Geschütz auf, um den Beweis für Tombrocks Spitzeltum zu erbringen. Ihr Hauptargument läuft auf ein in ihre Hände gelangtes Schreiben der Münsterschen Spitzelzentrale hinaus, in dem Beschwerde über unzureichende Angaben Tombrocks über die Stärke der K. P. D. in Hörde geführt wird. Die Verteidigung will auch Garantien dafür haben, daß Tombrock sich nicht gegen den Willen des Gerichtshofes entfernen kann. Vor Eintritt in eine kurze Pause erklärt Tombrock noch, daß er von keiner Seite Geld empfangen habe, um seine Aussagen zu widerrufen. Bei Abschluß der Vernehmung erklärt Tombrock, am Montag früh zum weiteren Verhör zu erscheinen.

Die „Rh.-Westf. Ztg." schreibt noch folgendes: Vor dem Abgang Tombrocks, der am Montag morgen weiter vernommen werden soll, bringt die Verteidigung noch einmal zum Ausdruck, daß man es bei ihm mit einem ausgemachten Spitzel der Reaktion zu tun habe, der so gefährlich sei, daß man sich seiner Person unbedingt sichern müsse. Der Untersuchungsrichter habe Tombrocks Haftentlassung nur vorgenommen, damit er gegen die übrigen Angeklagten belastendes Beweismaterial herausschaffen könne. In Wahrheit aber ist nach Tombrocks eigener Mitteilung seine Haftentlassung erfolgt, weil er durch Zeugenaussagen entlastet worden war. Ueber den Wechsel seiner Auffassung bezüglich der Schuld oder Unschuld der Angeklagten sagt er, daß er seine Meinung erst während der Zeit geändert habe, da er im Gefängnis saß und über alle Einzelheiten in Muße noch einmal nachdenken konnte. Das Vorgehen der Rotgardisten am Wasserturm nennt er bestialisch und fügt als Entschuldigung hinzu, daß die Rotgardisten Nachrichten über die grausame Behandlung ihrer Leute durch die grüne Polizei bekommen hätten. Selbst gesehen hat er solche Taten der grünen Polizei nicht. Faßt man die Aussagen Tombrocks zusammen, so läßt sich nicht behaupten, daß die Verhandlungen dadurch vorwärts gebracht worden sind. Einige Angaben waren mehr oder weniger sensationell und wurden von der Verteidigung nach der politischen Seite hin auch genügend breitgetreten. Erreicht wurde aber damit nichts. Dazu waren die Angaben Tombrocks einerseits zu unübersichtlich, andererseits auch vielleicht bewußt zurückhaltend, wie die Person Tombrocks überhaupt in mancher Beziehung ein Fragezeichen ist. Nach Tombrock wird noch eine Anzahl Entlastungszeugen vernommen. Zum größten Teil sind es Vorgesetzte oder Arbeitgeber der Angeklagten, die ihnen ein günstiges Zeugnis ausstellen. Neu ist nur die Angabe eines Polizeiwachtmeisters über Wiegers, daß der Angeklagte früher auch Mitglied der Sicherheitswehr war, und zwar nicht als Sanitätsgehilfe, wie bei den Vorgängen am Wasserturm. Ueber Schlüter weiß der Zeuge nichts anzugeben. Die Verhandlungen gehen morgen weiter.

Aus den Entsetzen erregenden Zeugenvernehmungen entnehmen wir der „Buerschen Zeitung" noch folgende: Der Kaufmann Jul. Kraft sagt u. a. aus: Als ich zum Wasserturm ging, sah ich auf der Straße einen großen Rotgardisten, den Degen in der Hand. In der Nähe lagen zwei Verwundete. Er ging hinzu, zog den Degen und durchstach den Verwundeten. Dabei murmelte er: „So, jetzt bist du kaputt, du Hund!" Dann zog er den Degen aus dem Körper und beim Herausziehen drehte er ihn um. Hierauf trat er zu dem anderen Verwundeten heran, durchbohrte ihn auf dieselbe Weise und drehte den Degen beim Herausziehen um. Nun ging ich in die Innenräume des Wasserturmes, in denen geraubt und geplündert wurde. Auf der Treppe draußen am Eingang ließen die Rotgardisten ihre Opfer förmlich spießrutenlaufen. Aber nicht allein, daß man die Leute totschlug. Als die Toten vor den Treppenstufen lagen, schlug man noch immer mit dem Gewehrkolben auf sie ein, ebenso auch auf die Verwundeten. Blut und Gehirnmasse drangen aus den Köpfen hervor. Es wurde durcheinander geschrien: „Die Bluthunde werden alle kaputt gemacht." Der letzte der herausgetragenen Verteidiger wurde auf der Treppe mit dem Gewehrkolben totgeschlagen. Dabei zerbrach der Kolben. Den Mann habe ich mir genau gemerkt. Es ist ein aus Hamburg gebürtiger Schuhmacher, der in Bochum zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Als er ermittelt worden war, bin ich ihm gegenüber gestellt worden. Und er hat die Tat zugegeben. Als sein Gewehrkolben in Stücke gegangen war, schlugen andere den Mann vollends tot.

*

(g) **Essen,** 18. Febr. **(Schwere Folgen geheimer Schnapsherstellung.)** Mit einem Falle von Branntweinherstellung aus Brennspiritus hatte sich die Essener Strafkammer zu beschäftigen. Angeklagt sind der Kaufmann Franz Rump, der Kellner Friedrich Wunderlich und dessen Vater, der Klempnermeister Wilhelm Wunderlich, sämtlich aus Gelsenkirchen. Ihnen wird zur Last gelegt, methylhaltigen Schnaps planmäßig hergestellt und in den Verkehr gebracht zu haben. Die Angeklagten bedienten sich zur Herstellung des Branntweins eigens angefertigter Apparate, in denen der Brennspiritus vergällt, d. h. durch Ausscheidung der Vergällungssubstanzen in ordentlichen Spiritus zurückgeführt wurde. An der Herstellung des Trinkbranntweins war in erster Linie Willy Wunderlich, der Bruder des Angeklagten Friedrich Wunderlich, beteiligt. Er konnte jedoch nicht mehr auf der Anklagebank erscheinen, weil er seine geheimen Experimente mit einem tragischen Tode hat büßen müssen. Willy Wunderlich betrieb die Giftmischerei vorwiegend mit dem Arbeiter Berndt in dessen Wohnung zusammen. Beide kauften Brennspiritus massenweise auf, und um nicht aufzufallen, betrieben sie die Branntweinherstellung mit Vorliebe in den Nachtstunden. Der in der Berndtschen Wohnung hergestellte Trinkbranntwein wurde dann unter der Bezeichnung Kognak, Kümmel, Likör usw. in den Handel gebracht. In der Nacht zum 5. August ereignete sich in der Berndtschen Wohnung eine folgenschwere Explosion. Während Berndt und Willy Wunderlich mit der Herstellung des Zaubertranks beschäftigt waren, flogen die Wände und Decken des Hauses plötzlich mit einem furchtbaren Knall auseinander. In wenigen Augenblicken war das ganze Haus in einen Trümmerhaufen verwandelt. Darunter lag als Leiche, unkenntlich zugerichtet, Berndt; tödlich verletzt wurden 2 Kinder von dem Schauplatz getragen, die gleich darauf starben, und am folgenden Tage erlag auch Willy Wunderlich den erlittenen Verletzungen. Die Ursache der Explosion war mit Sicherheit nicht aufzuklären. Vermutlich aber ist eine Korbflasche mit Brennspiritus infolge einer Unvorsichtigkeit explodiert. Die zu dem Unglück angestellten Ermittlungen ergaben, daß auch die Angeklagten sich mit der Branntweinherstellung befaßten. Die bei ihnen vorgenommene Haussuchung förderte Apparate und Kessel, ferner Kümmelöl, eine große Anzahl Essenzflaschen, Steinhägerkrüge usw. zutage. Die Strafkammer sprach den Angeklagten Wilhelm Wunderlich mangels ausreichenden Beweises frei. Die Mitangeklagten erhielten eine Geldstrafe von je 3000 Mark.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinen Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Breiten 16. Febr. Betreffs des Eingesandts in Nr. 36 der „Kamener Zeitung" muß ich dem Einsender folgendes erwidern: Als Text seines Eingesandts hat er sich den Spruch beigelegt: Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt! So auch dem Theaterverein Breiten. Zuvor muß ich den Einsender mal fragen, ob es ihm bei Verfassung seines Eingesandts unwohl wurde, oder ob ihm sonst was passierte, denn sein Schreiben zeugt ganz davon, daß er in schwankender Gesinnung geschwebt, sonst könnte er sich nicht 1. ärgern darüber, daß noch Theater-Vereine ins Leben gerufen werden, 2. aber schon seine andere Seite erkennen läßt, und kritisiert. Ein wahres Solidaritätsgefühl des Einsenders. Schreiber will nun genau über Breiten orientiert sein? Viel weniger scheint er aber orientiert zu sein über jenes, was sich seiner Kenntnis entzieht. Zu den 25 Spielern zählt auch Schreiber dieses Artikels, wohnt aber nicht in Breiten, sondern in dem Dorfe Methler. Dann weiter. Ein Renommee im Zeitungsbericht klingt nicht so unmodern, als wenn man statt dessen zwei Stunden vor Beginn einer Theatervorstellung, mit der Schelle in der Hand, auf der Straße umherzieht und dadurch sein Renommee mündlich vorträgt, ähnlich so wie in den Kriegsjahren der Gemeindediener auf den Straßen umherzog und ausrief den Empfang von Lebensmitteln. Betreffs Vorstandswahl bleibt es jedem Verein selbst überlassen, wieviel Vorstandsmitglieder er sich benennt. Einsender will auch am 2. Ostertage unserer Feier mit beiwohnen, um Kritik ausüben zu wollen. Im voraus schon unsern verbdl. Dank. Bitten aber auch schon im voraus darum, sofort nach Schluß des Theaters die Kritik öffentlich bekanntgeben zu wollen und nicht anonym zu verschwinden, denn das bedeutet Feigheit. Kritisieren ist schön, aber besser machen noch viel schöner!

H. L., Mitglied des Theatervereins „Lohengrin", Breiten.

Vereinsnachrichten.

Overberge, 18. Febr. **(Winterfest.)** Am Sonntag, den 15. ds. Mts., feierte der Kriegerverein Overberge, Lerche, Rottum, Ostenfeldmark sein Winterfest im Vereinslokale Schulze-Wiehenbrauk. Recht zahlreich hatten sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen eingefunden. Eingeleitet wurde das Fest durch eine Ehrung der Silberjubilare, der Verein zählt deren 36, denen geschmackvolle Abzeichen überreicht wurden. Umrahmt wurde diese Ehrung von der Festrede des Kameraden Eversberg, der die Jubilare den Kameraden als Vorbild in ihrer Vereinstreue bezeichnete. Im Verein soll weiterhin der vaterländische Gedanke gepflegt werden. Die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung dieses Gedankens zeigt uns ein Vergleich zwischen 1871—1919: Versailles, 1871 der Ort, an dem das deutsche Kaisertum neu begründet wurde; Versailles, jetzt das Wort der schwersten vaterländischen Schmach und Schande. Versailles, 1871 der Ort, an dem die deutschen Bundesstaaten zu einem Einheitsstaate zusammengeschmiedet wurden; Versailles, nach 50 Jahren das Wort, um das die Einheit des Staates zu zerspringen droht. — Aber wie 1813 und 15 auf die Erniedrigung Preußens eine Zeit der Erhöhung folgte, so erhoffte der Redner auch nach der jetzigen Zeit der Knechtschaft Freiheit. Sein Hoch auf die deutsche Jugend, die deutschen Frauen, die deutschen Männer und das deutsche Vaterland wurde von allen Festteilnehmern begeistert aufgenommen. Nach einem gemeinschaftlichen Essen kam der Tanz zu seinem Recht.

Sport.

Kamen, 18. Febr. Am vergangenen Sonntag standen sich auf dem Sportplatz in der Mersch die 1. Mannschaften des Sp. u. Sp.-Vereins Hamm und des Sp.-Vereins Kamen 13 im fälligen Meisterschaftsspiel gegenüber. Die Gunst des Platzes behinderte teilweise das Spiel sehr. — Gleich nach Anstoß entwickelt sich ein ziemlich flottes, offenes Spiel. Beiden Torhütern wird öfter Gelegenheit gegeben, ihr Können zu zeigen. Bald macht sich eine leichte Ueberlegenheit der Kamener Mannschaft bemerkbar, ohne daß es ihr jedoch gelingt, etwas Zählbares zu erreichen. So geht es mit 0 : 0 in die Halbzeit. Nach Wiederbeginn wird das Spiel größtenteils in der feindlichen Hälfte gehalten. Gute Flanken von rechts und links werden nicht verwandelt. Das Spiel wird langsam. In der 20. Minute flankt Middendorff — vor die Querlatte. Schnell ist Adrian zur Stelle, stoppt den abprallenden Ball und — das 1. Tor ist gefallen. Jetzt versuchen die Hammer mit aller Gewalt den Vorsprung aufzuholen. Doch die Verteidiger weisen jeden Vorstoß zurück. Kurz vor Schluß kommt nochmals eine gute Flanke von rechts, die Darenberg zum zweiten Tor verwandelt. Einige Minuten später ertönt der Schlußpfiff. — Die Hammer Elf hinterließ durch ihr einwandfreies Spiel den besten Eindruck. Brauchte doch der Schiedsrichter, Herr Vollmer, vom T.- u. Sp.-V. Hamm nicht einen einzigen Strafstoß wegen groben Spiels zu verhängen. Eckenverhältnis 4 : 1 für Kamen. — Anschließend spielte die 1. Jugend des Sportvereins gegen die gleiche Mannschaft der „Preußen"-Werl. Die 1. Jugend behauptete die Führung in ihrer Tabelle mit einem wohlverdienten 2 : 0 Sieg. Auf dem Schützenhof hatte die 2. Jugendmannsch. die 1. Jugend des Sportvereins Husen-Kurl zu Gast und schlug diese nach überlegenem Spiel mit 6 : 2 Toren. Die 2. Jugend ist dadurch endgültig Meister in der Abt. 2 der Gruppe Unna-Kamen.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 18. Febr. **(Aus der Künstlerwelt.)** Uns wird geschrieben: Herr Erwin Suttner vom Deutschen Theater in Berlin, der sich seit längerer Zeit auf Gastspielreisen mit seinen heiteren Abenden befindet, hat sich mit dem bekannten Experimentalkünstler vom Zirkus Busch Berlin, Herrn Sealtiel, welcher sich ebenfalls seit geraumer Zeit seinen eigenen Abenden widmet, zusammengeschlossen. Ein solches Sensations-Doppel-Gastspiel wird am Sonnabend, den 19. und Sonntag, den 20. Februar, im Theatersaal des Herrn Dröge stattfinden. Im ersten Teil des Abends wird sich aus Herrn Suttners großem, schauspielerischen Können mit seinem Humor, seiner Drastik und Komik wie immer, so glänzend vereinen, daß wir vor Lachen weinen und bei diesem Weinen lachen werden. Von der harmlosesten Plänkelei werden sich seine Darbietungen bis zur urkomischsten Groteske steigern. In seinen pantomimischen Parodien steht man nicht ihn, sondern man glaubt die Typen, die er darstellt, lebhaftig vor sich zu sehen. Den Höhepunkt wird die Familie Schiemann bilden, der dem Herr Suttner die Personen zu gleicher Zeit drastisch darstellen wird. Der zweite Teil des Programms ist ausschließlich Herrn Sealtiel gewidmet, der all das über das Fabelhafte hinaus gehende, was er im Zirkus Busch Berlin zeigte, auch hier vorführen und sogar noch einiges neues hinzufügen wird. Aus seinem Programm heben wir besonders hervor „Eine Heirat auf Befehl", „Enthüllung der Geheimnisse der Falschspieler", „Der Wilddieb", eine telepatische komische Pantomime. Seine Experimente näher zu besprechen, hieße all denen die Illusion nehmen, die diesen rätselhaften Menschen erst bewundern wollen. Es ist uns also ein teils lustiger, zwerchfellerschütternder, teils interessanter, ans übersinnliche grenzender Abend versprochen worden. Daß dieses Versprechen gehalten, ja sogar überboten wird, dafür bürgen die Namen der beiden berühmten Künstler Sealtiel und Erwin Suttner. Die Eintrittspreise, die in Berlin von 6 Mark aufwärts gestaffelt waren, sind bei dem hiesigen Gastspiel volkstümlich von 3 Mark aufwärts gehalten. Wir können daher einem jeden den Besuch bestens empfehlen.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K. bedeutet Krammarkt. V. = Viehmarkt.
KV. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt.
Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Montag, 21. Febr.: Dortmund u. Hagen Schlachtv.
Dienstag, 22. Febr.: Paderborn Rindv. Pf. Schw., Lüdinghausen V., Driburg Rindv. Schw., Bielefeld Rindv. Pf. Schw., Lübbecke Rindv. Pf. Schw., Versmold K. Rinder Pf. Schw., Stadtlohn K. V., Menden Faselschw., Warendorf V. (vorwieg. Schw.).
Mittwoch, 23. Febr.: Bocholt V., Gronau V., Bochum Rindv. Pf. Schw. Schlachtv., Dortmund Zuchtv. Faselv., Greven Schw.
Donnerstag, 24. Febr.: Hamm V. Schw., Burgsteinfurt K. V. Pf., Dorsten V., Lienen V., Ottenstein V., Werther K. Rindv. Schw., Recklinghausen V., Brackwede Rindv. Pf. Schw., Lippstadt V.
Freitag, 25. Febr.: Borghorst Schw., Horst-Emscher Schw., Herford Rindv. Pf. Schw.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

54. Fortsetzung.

Dagmar und Ralf hatten mit vereinten Kräften durchgesetzt, daß ihre Hochzeit nur im engsten Kreise gefeiert werden sollte. Frau von Schönau hatte sich fügen müssen. Ihr Schwiegersohn erfüllte seit seiner Unterredung mit Dagmar, ihre Wünsche nicht mehr so bedingungslos. Ruhig und bestimmt hatte er ihr auseinandergesetzt, daß er eine bestimmte Summe für sie aussetzen würde, die sie nicht überschreiten dürfe. „Glauben Sie nicht, liebe Mama, daß ich knausern will", hatte er ihr gesagt. Ich habe berechnet, daß Sie mit dieser Summe Ihr bisher gewohntes Leben, ohne unsinnige Verschwendungen, fortsetzen können. Was darüber ist, werden Sie ohne Schmerzen entbehren, wenn ich Ihnen sage, daß ich die gleiche Summe jährlich für Lotte festsetzen will. Außerdem soll Lotte eine entsprechende Aussteuer erhalten, wenn sie sich eines Tages verheiratet. Als gute Mutter werden Sie gern zu Gunsten Ihrer Tochter auf verschwenderische Ausgaben verzichten, nicht wahr?"

Da er zwar ruhig, aber sehr energisch sprach, und da sie nicht als egoistische Mutter gelten wollte, blieb Frau Ellen nichts anderes übrig, als sich zu fügen, wenn sie auch innerlich nicht einverstanden war, daß sie zu Gunsten ihrer jüngsten Tochter benachteiligt werden sollte. Ihrer Ansicht nach brauchte für Lotte noch nicht gesorgt zu werden. Sie konnte doch, so gut wie ihre Schwester, später eine gute Partie machen. Diese Gedanken aber wagte sie nicht auszusprechen, und so blieb es denn bei jenen Bestimmungen.

Lotte hatte keine Ahnung, wie liebevoll ihre Schwester für sie gesorgt hatte. Sie war glückselig und froh, daß sie in Schönau bleiben durfte und ein sorgenloses Leben führen konnte. Dafür vergötterte sie ihren Schwager Ralf, was sie indes nicht abhielt, sich in übermütiger Weise mit ihm zu necken. Wenn sie mit Dagmar nach Berndorf fuhr, huschte sie schnell zu Frau Jansen in ihr schlichtes Stübchen. Da saß sie auf dem Erkertritt, wo auch Dagmar manches Stündchen verplauderte. „Wetterle Jansen" mußte dann liebe, kleine Geschichten aus der Vergangenheit erzählen. Die alte Dame hatte die beiden Schwestern herzlich lieb gewonnen und freute sich, wenn sie bei ihr waren. Frau Ellen merkte nicht, daß ihre Töchter sich mehr und mehr an Frau Jansen wie an eine liebe, gute Mutter anschlossen.

Im August durfte Lotte ihre Freundin Hanna von Wollin besuchen. Und auf Wollin mußte es ihr sehr gut gefallen! Sie schrieb begeisterte Briefe an Dagmar, in denen der Bruder ihrer Freundin, der Leutnant Hans von Wollin, eine große Rolle spielte.

Dagmar kam denn auch Lottes Wunsch nach, ihre Mutter zu bestimmen, Hanna von Wollin eine Gegeneinladung zu schicken. Sie sollte Lotte gleich begleiten, wenn diese Ende August nach Schönau zurückkehrte und dann als Brautjungfer an Dagmars Hochzeit mit teilnehmen. Der nächste Brief enthielt einen weiteren Wunsch Lottes. Hans von Wollin sollte gleichfalls eine Einladung zu Dagmars Hochzeit erhalten, um Lottes Brautführer zu sein. Lächelnd las Dagmar diesen in drollige Worte gekleideten Wunsch, den sie selbstverständlich gern erfüllte.

Hans und Hanna von Wollin waren reizende, natürliche Menschen, und Ralf kam den Geschwistern sehr freundlich entgegen.

Hans von Wollin, der am liebsten noch länger geblieben wäre, freute sich sehr, zum Hochzeitsfest wieder kommen zu dürfen.

„Werden Sie auch zur Hochzeit wieder Urlaub bekommen, Herr von Wollin?" fragte Lotte.

Er lachte. „Zur Not riskiere ich einen Kriegsfall vor meinem Obersten, mein gnädiges Fräulein", erwiderte er. Beim Abschied sahen sich die beiden jungen Menschen recht tief in die Augen.

Hanna von Wollin war ein übermütiges, lustiges, junges Blut wie Lotte, und die beiden jungen Mädchen stellten Schönau ein wenig auf den Kopf!

Als Lotte mit Dagmar das erste Mal seit ihrer Rückkehr allein war, gestand sie ihr, daß es himmlisch in Wollin gewesen wäre, und daß Hans von Wollin ein goldiger Mensch sei. Dagmar streichelte ihr lächelnd die heißen Wangen.

„Also ist er noch immer dem Schwarm Nummer zwei?" fragte sie neckend. Lotte nickte verträumt. „Ja, Dagmar, und ich werde wohl nie über diese zweite Nummer hinauskommen. Ich bin so ein schrecklich konservatives Gemüt. Wenn mein erster Schwarm gleich reagiert hätte, dann wäre ich ihm wahrscheinlich treu geblieben. Aber weißt du, wenn man nur einseitig liebt, dann fehlt die Wechselwirkung, und schließlich muß eine Liebe, die keine Gegenliebe findet, erlöschen."

Dagmar stutzte leise bei diesen Worten ihrer Schwester. Was sie da von der Liebe ohne Gegenliebe sagte, erweckte ihr ein unruhiges Gefühl. Sie mußte sich fragen, ob Ralfs Liebe auch eines Tages verlöschen könnte, wenn er keine Gegenliebe bei ihr fand. Und sie fühlte, daß sie dann etwas verlieren würde, was ihr kostbar geworden war, und was sie schmerzlich entbehren würde.

Sie riß ihre Gedanken von diesem Gegenstand los. „Und wie ist es denn nun bei Schwarm Nummer zwei? Ist hier die nötige Wechselwirkung vorhanden, um ein Erlöschen deines Empfindens zu verhüten?" fragte sie lächelnd.

Lotte nickte drollig und wichtig und lachte schelmisch. „Es ist alles da, was zur Konservierung meiner Gefühle nötig ist."

„Hat dir Herr von Wollin etwa schon davon gesprochen?"

„Ach nein — wo denkst du hin. Er ist erst sechsundzwanzig Jahre, und ich beginne mein achtzehntes. Da darf man noch keine Verbindungen anknüpfen — wenigstens nicht davon sprechen. Aber wozu hat der Mensch seine Augen. Die können viel eindringlicher und deutlicher reden, als man es mit Worten tun kann. Und auf diese Weise haben wir uns gründlich verständigt."

„Und du glaubst, daß Herr von Wollin in Bezug auf dich konservative Gefühle hat?"

Lotte sah mit großen Augen vor sich hin. Dann fiel sie Dagmar plötzlich um den Hals. Leidenschaftlich rief Lotte aus: „Ach, liebe Schwester — ich habe ihn furchtbar lieb — und er mich auch. Und eines Tages werde ich ganz sicher seine Frau, wenn ich auch nur ein armes Mädel bin. Er könnte zwar sehr gut eine Frau brauchen, die ihm einiges Vermögen zubringt, wen Wollin nur einigen Hypotheken belastet ist, die sein Vater gern abstoßen möchte. Aber es muß auch so gehen. Und es wird gehen. Hans hat mir schon zu verstehen gegeben, daß er in zwei Jahren spätestens den bunten Rock auszieht und dann in Wollin tüchtig als Landwirt arbeiten will. Und dann, sagte er, hole er sich eine liebe, reizende Frau Braut junkern heim, er wisse schon, wo er sie finden werde. Und mit der will er sehr glücklich sein, wenn er ihr auch kein sehr glänzendes Los bieten könne. Na — und wie er mich dabei angesehen hat, Dagmar, das sagte genug. Und weißt du, wenn auf Wollin auch nicht gerade Ueberfluß herrscht, so lebt man doch dort sehr behaglich und herzlich miteinander. Die Eltern von Hans und Hanna sind liebe, gute Menschen, denen nichts über das Glück ihrer Kinder geht, und mir ist dort ganz warm ums Herz geworden."

(Fortsetzung folgt.)

Pflegekosten in den Krankenhäusern.

Der Zweckverband der Krankenhäuser des Ruhrkohlenbezirkes, der 76 private, gemeinnützige Krankenanstalten vereinigt, befaßte sich am 21. Januar eingehend mit der jetzigen Lage seiner Verbandshäuser. Nach sehr ausführlicher Aussprache erkannte man es als eine Notwendigkeit, einen entschiedenen Schritt zu tun, um die weitere Erschütterung der finanziellen Lage der Anstalten aufzuhalten und ihre heute völlig unersetzliche Wohlfahrtsarbeit dem Volke zu erhalten. Es wurde daher fast einstimmig beschlossen, zum 1. Februar dieses Jahres den Pflegesatz III. Klasse für alle Krankenkassen und Armenverwaltungen so zu erhöhen, daß die Krankenhäuser je nach ihrer Einrichtung und ärztlichen Versorgung einen Pflegesatz von 22 bis 25 Mark von den Krankenkassen zu erheben haben. Der Krankenhausleitung bleibt es wie bisher selbstverständlich unbenommen, in besonderen Notfällen Ermäßigungen eintreten zu lassen. — Bei dieser Pflegesatzerhöhung war nicht etwa die Erwägung maßgebend, daß in großstädtischen, städtischen und privaten Krankenhäusern wie in Essen und Dortmund 30—35 Mark als Pflegesatz erhoben werden, wobei die Stadt Essen für die städtischen Anstalten noch 6—10 Mark für den Kopf und Pflegetag zuschießt. Erst recht nicht wurde geltend gemacht, daß in Berlin die Selbstkosten der Stadt für jeden Pflegetag in der III. Klasse 51 Mark betragen. Die konfessionellen Krankenhäuser wirtschaften ja erfahrungsgemäß erheblich billiger als die kommunalen. Aber auch die Sparsamkeit der konfessionellen Häuser, die im Jahre [illegible] auf das äußerste fortgesetzt wurde, hat ihre Grenzen. Sie beruht im Wesen auf der unentgeltlichen oder doch wohlfeilen, zugleich sparsamen und unermüdlichen Arbeit der Schwestern sowie auf ihrem billigen Verwaltungsapparat. Abgesehen hiervon aber haben die Krankenhäuser genau die gleichen Preissteigerungen erlebt wie alle sonstigen Betriebe, ja vielfach bedeutend höhere, weil sie überaus [illegible]ige Einrichtungen instand zu halten und zu ersetzen haben, wie medizinische Apparate und Instrumente, sowie sie die gewaltigsten Preissteigerungen erlebten in zahlreichen Sonderbedarfsartikeln, Medizinen usw. Ein großer Röntgenapparat für Bestrahlung z. B. kostet heute 100 000 Mark und verbraucht an Röhren in einem großen Krankenhause leicht seine 15—20 000 Mk. jährlich ohne die Kosten für Röntgenplatten, Strom, unzählige Reparaturen, Tilgung usw. Während nun sonstige Betriebe den seit der Revolution schnell auf das 10—20fache und höher angewachsenen Preisen ebenso schnell mit ihren Forderungen folgten und sich dadurch gesund erhielten, haben sich die Krankenhäuser erst nach immer wieder erneuertem Zögern zu langsamer Erhöhung der Preise entschließen können, wurden auch durch langwierige Verhandlungen mit den Krankenkassen aufgehalten. Die Folgen waren zunächst schwere Verluste der Krankenanstalten, die sich bei manchen in die Hunderttausende belaufen. Weit bedrohlicher aber für die Zukunft der Häuser ist die Tatsache, daß die im Kriege unterlassenen Instandhaltungen sich nunmehr in schwerster Weise rächen, vor allem bei den technischen Einrichtungen. Eine Heizung beispielsweise, die im Frieden für 65 000 Mark angelegt wurde, wird heute auf 1 400 000 Mark berechnet. Es ist klar, daß da schon ein teilweiser Ersatz ein Krankenhaus zum Ruin führen muß. Dazu kommen zu Beginn dieses Jahres neue bedeutende Steigerungen aller Gehälter und Löhne, die tatsächlich den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprachen. Man vergißt in der Oeffentlichkeit, daß in größeren Krankenhäusern auf jede Schwester durchschnittlich auch ein Laienangestellter bezw. eine Laiengehilfin kommt, die nicht unentgeltlich arbeiten können. Gleichwohl bedeutet eine Verpflegung zum 9fachen des Friedenspreises eine gewaltige volkswirtschaftliche Leistung; die jährlichen Millionenzuschüsse für die städtischen Anstalten aus dem [illegible] liefern den klarsten Beweis. Die [illegible] Stadtverwaltung rechnet für 1920 mit einem Zuschuß von 40 Millionen. Die Oeffentlichkeit spricht in Unkenntnis der wahren Sachlage vielfach von den reichen Krankenhäusern, von großen Stiftungen und Gaben und weiß nicht, wie sparsam in diesen Häusern heute mehr wie je jeder Groschen gewendet wird. Die Oeffentlichkeit hat das allergrößte Interesse an der Erhaltung der privaten Anstalten und wird nach [illegible]ender Begründung verstehen, wie diese Anstalten gezwungen waren, noch zu einer Zeit weiter zu erhöhen, in der man auf einen langsamen Abbau der Preise hofft.

Das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei sind, wie gemeldet wird, zum Abschluß gekommen. Sie behandeln den Warenaustausch zwischen beiden Ländern in Chemikalien, Maschinen, Holz und Malz. Die Kohlenmengen, die auf Grund des früheren Abkommens zwischen beiden Ländern ausgetauscht werden, sind etwas erhöht worden, und zwar sollen jetzt 5000 Tonnen oberschlesische Kohle gegen 10 000 Tonnen Braunkohlen aus der Tschecho-Slowakei ausgetauscht werden. Die zu gleicher Zeit geführten Verhandlungen über einen Vertrag betr. Vermeidung von Doppelbesteuerung und betr. die Rechtspflege und die Rechtshilfe in Steuersachen haben zur Aufstellung eines vorläufigen Entwurfes geführt. Zur Beleuchtung der allgemeinen Verhältnisse, unter denen die Verhandlungen geführt wurden, wird unter anderm noch mitgeteilt, die wirtschaftliche Lage habe sich seit der Unterzeichnung des Abkommens vom vorigen Jahre dermaßen verändert, daß die deutsche Außenhandelsstelle teilweise Beschränkungen der Einfuhr und Ausfuhr vorhängen mußte. Diese Maßnahmen verstießen gegen das bestehende Abkommen. Daher ließ die tschecho-slowakische Regierung mitteilen, daß an eine strenge Durchführung des Wirtschaftsabkommens nicht zu denken sei, ehe nicht die Außenhandelsstelle Entgegenkommen beweise. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen. Bei den jetzigen Verhandlungen war aber Gelegenheit gegeben, auch deutsche Klagen vorzubringen, um entsprechende Zusagen von der tschecho-slowakischen Regierung zu bekommen. Alles in allem kann gesagt werden, daß in wesentlichen Punkten ein Ausgleich der Interessen erzielt worden ist. Bei den Verhandlungen über den Ausbau der Industrieerzeugnisse ist man dazu übergegangen, auf die Industrien direkt dahin einzuwirken, daß sie sich zu einer Verständigung über ihre Interessen unmittelbar beraten. Diese Besprechungen haben für den Handel mit Chemikalien, Maschinen, Hopfen und Malz zu dem gewünschten Ziele geführt. Für Kohlen sind ähnliche Besprechungen in Aussicht gestellt worden.

Die Entwicklung des Viehbestandes in Preußen.

Das Preußische Statistische Landesamt veröffentlicht soeben die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1920. Aus diesen ist ersichtlich, daß der Viehstand in Preußen eine weitere Zunahme erfahren hat. Die Zahl der Pferde ist seit dem 1. Dezember 1919 von 2 412 000 auf 2 493 000, also um mehr als 3 Prozent gestiegen. Dabei ist wesentlich, daß die Zahl der jungen Pferde unter 3 Jahre sich von 417 000 auf 454 000, also um 9 Prozent vermehrt hat. Der Rindviehbestand ist gegenüber dem 1. Dezember 1919 um fast 5 Prozent, nämlich um 429 000 Stück gestiegen; hierbei ist besonders die Zunahme des Jungviehs (von 3 Monaten bis 2 Jahren) um 14 Prozent erfreulich — sehr bedauerlich hingegen, daß bei den Kälbern im letzten Jahre eine Abnahme um fast 6 Prozent zu verzeichnen ist; offensichtlich eine Einwirkung der Maul- und Klauenseuche. Die Zahl der Milchkühe ist leider nur um 3 Prozent gestiegen.

Die Schweine haben seit dem 1. Dezember 1919 eine Zunahme um 1 791 000 erfahren; ihre Zahl betrug am 1. Dezember 1920 9 356 000 Stück. Die Zunahme verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf sämtliche Altersklassen und beträgt im Durchschnitt 24 Prozent.

Charakteristisch ist die weitere Zunahme des Schafbestandes, welcher gegenüber der vorhergehenden Dezember-Zählung um 517 000 Stück, nämlich auf 4 008 000 gestiegen ist, also eine Zunahme um 15 Prozent. Wesentlich ist dabei die Zunahme der unter 1 Jahr alten Schafe, welche fast 20 Prozent beträgt. Diese Erscheinung ist besonders bemerkenswert insofern, als nunmehr der Schafbestand den der Vorkriegszeit (unter Berücksichtigung der Abtretung) preußischer Gebiete um fast ½ Million übersteigt, ein Zeichen der veränderten Wirtschaftsrichtung der Landwirtschaft.

Die Zahl der Ziegen ist seit dem 1. Dezember 1919 um weitere 7 Prozent gestiegen und beträgt jetzt 2 646 000. Auch beim Federvieh ist eine Zunahme um 21 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl derselben beträgt jetzt 37 765 000. Dagegen hat sich die Zahl der Kaninchen genau um ein Fünftel vermindert. Ihre Zahl beträgt jetzt nur noch 3 825 000, was offensichtlich mit der besseren Fleischversorgung der Bevölkerung zusammenhängt, betrug doch im Dezember 1920 auf den 36 bedeutendsten Schlachtviehmärkten des Deutschen Reiches die Zufuhr zu den Schlachthöfen an Rindvieh 40 000 (Dez. 1914 80 000), an Kälbern 25 000 (Dez. 1914 85 000), an Schafen 42 000 (Dez. 1914 60 000), an Schweinen 64 000 (Dez. 1914 520 000).

Weitere Nachrichten.

— **(Deutsches Auswanderer-Elend in Brasilien.)** Das Stuttgarter Jugendsekretariat stellt dem Deutschen Auslands-Institut folgende Mitteilung aus einem Privatbriefe aus Porto Alegre zur Verfügung: „Hier herrscht großes Elend, auch Folgen des Krieges, und wir werden mit Einwanderern überschwemmt, die man so viel wie möglich unterstützt. Besonders viele deutsche Aerzte und Offiziere sind hier zu sehen. Die Aerzte finden in den Kolonien schon ein Unterkommen, doch für die Offiziere sieht es traurig aus und ist ein Jammer, zu sehen, wie viele oft um eine Stellung betteln und, da sie keine Arbeit finden, einfach verkommen. Deshalb rate ich, nur dann soll jemand auswandern, wenn er schon eine feste Stellung hat oder so viel Geld besitzt, um einige Zeit ohne Arbeit leben zu können, denn selbst Empfehlungen nützen nichts." Dieser Brief beweist aufs Neue, wie nötig es ist, seine Auswanderungspläne heute so gründlich wie möglich vorzubereiten. Der Staat Rio Grande do Sul hat es ausdrücklich abgelehnt, für deutsche Einwanderer etwas zu tun. Wer also keine festen Beziehungen hat, fällt damit einfach der deutschen Kolonie zur Last. — Das Deutsche Auslands-Institut Stuttgart vermag mit seinem Lesesaal, seiner Bibliothek, seiner Stellen-Vermittlung und seiner Auswandererberatung bei gründlicher Vorbereitung der Auswanderungspläne gute Dienste zu leisten.

— **(Zurückhaltung im Handel mit Frankreich und England.)** Von einer sehr großen Anzahl seiner Mitglieder wird, wie der Hansa-Bund schreibt, neuerdings der Wunsch laut, sofort eine großzügige Propaganda dagegen einzuleiten, daß noch weiter französische Waren in Deutschland gekauft werden. Der deutsche Konsument, so verlangen jene deutschen Stimmen, soll dazu erzogen werden, französische Waren als Antwort auf die Pariser Beschlüsse energisch zurückzuweisen. Falls sich auch England weiter hinter Frankreich stellt, soll der einmütige Entschluß auch auf englische Waren ausgedehnt werden. Die naheliegende Befürchtung, daß gewisse Erzeugnisse, die wir durchaus brauchen, in Deutschland vorübergehend sehr knapp werden könnten, dürfte zurücktreten hinter der Möglichkeit, daß heute jede Ware über das neutrale Ausland bezogen werden kann. Besonders zu bedenken ist, daß Amerika die größten Anstrengungen macht, sich das Geschäft mit Deutschland allein zu sichern, genau wie Amerika es im Kriege verstanden hat, den südamerikanischen Markt und andere Exportmärkte an sich zu reißen. Amerika wird auch diesmal in Deutschland triumphieren, wenn Frankreichs und Englands Wahnsinn weitergeht. Es kann schon jetzt konstatiert werden, daß Amerika in letzter Zeit große Fortschritte im Handel mit Deutschland gemacht hat. — Der Vorstand des Hansa-Bundes wird sich mit diesen Fragen eingehend befassen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen organisieren.

— **(Der Wolf als Unschuldslamm.)** Der ehemalige Präsident Poincaree hat gestern den 2. der von ihm angekündigten 6 Vorträge über die Kriegsursache gehalten. Er setzte vor allen Dingen die Geschichte der französisch-russischen Allianz und der französisch-englischen Entente auseinander, deren friedlichen Charakter er dem nach seiner Ansicht kriegerischen Charakter des Dreibundes gegenüberstellte, namentlich, was den Geist der beiden Hauptbeteiligten Deutschland und Oesterreich angehe.

— **(Millionendefraudationen in französischen Heereslagern.)** In der französischen Kammer wurden gestern bei den Verhandlungen über das Budget die schweren Mißstände besprochen, die bei der Auflösung der amerikanischen Vorratslager in Frankreich sich ergeben haben. Es sind Veruntreuungen im Werte von 7 Millionen Dollars aufgedeckt worden. Die Debatte, die zum größten Teil sehr heftig verlief, zeigte, daß bei den Verlusten die Frankreich erlitten hat, die mangelhafte Organisation den größten Teil der Schuld trägt.

— **(Kampf zwischen Sinnfeinern und Militär.)** Auf dem irischen Bahnhof Minisham in der Grafschaft Cork wurde ein Personenzug, in dem sich Militärpersonen befanden, von beiden Seiten der Eisenbahn von einer großen Anzahl beschossen. Das Militär erwiderte das Feuer. Es entstand ein heftiger Kampf. Zwei Sinnfeiner wurden niedergeschossen, fünf Zivilpersonen wurden verletzt, während auf Seiten des Militärs sechs Mann erschossen und drei schwer verwundet wurden.

— **(Gründung einer Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten.)** Die Vertreter und Vorstände folgender Postfachverbände: Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamtinnen und geprüfter Sekretäre und Obersekretäre der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die Gewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der Bund deutscher Telegraphenassistenten und -Anwärter sind nach eingehender Durchberatung von Richtlinien als Grundlage für den künftigen Satzungsentwurf übereingekommen, unter Vorbehalt der Zustimmung der satzungsmäßigen Organe die Gründung einer Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten mit Beschleunigung zu vollziehen. Ein sofort gebildeter engerer Ausschuß, in dem diese Verbände vertreten sind, hat den Auftrag erhalten, die notwendigen Vorarbeiten für den geplanten Zusammenschluß sofort in Angriff zu nehmen. An den Arbeiten dieses Ausschusses beteiligt sich auch die Vereinigung der höheren Reichspost- und Telegraphenbeamten.

— **Zu dem Prozeß** gegen den Münchener Dichter und Schriftsteller Georg Kayser und Frau wurde das Urteil gefällt. Kayser wurde wegen Unterschlagung in 3 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, wovon 4 Monate in Anrechnung kommen. Seine Frau wurde von der Anklage wegen Unterschlagung und Diebstahls in einem Falle freigesprochen, wegen eines Diebstahls in einem Falle zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 1 Monat in Abrechnung kommt. Georg Kayser wird für die Strafe von 6 Monaten, der Margarete Kayser für die ganze Strafe Bewährungsfrist zugebilligt.

— **Ein alter Bräutigam** wird in Oberingelheim (Hessen) an den Brautaltar treten. Es ist dies ein Greis von 88 Jahren, der noch Mut in sich fühlt, die Bürden des Ehelebens auf sich zu nehmen. Seine Auserwählte zählt 56 Lenze. Das Brautpaar kriegt also zusammen die Rekordziffer von 144 Lebensjahren mit in die Ehe. Der Bräutigam ist der zweitälteste Mann der Gemeinde.

— **Fünf Tage lebendig begraben.** Eine grausige Geschichte wird aus Stolpmünde gemeldet, die sich nicht in der romanhaften Erzählung eines Seefahrers, sondern in der rauhen Wirklichkeit abgespielt hat. Vom Sturm wurde vor einigen Tagen der Leichter „Anastasia" auf den Strand geworfen und es gelang, die Schiffsbesatzung mit Ausnahme des Kochs und eines 27jährigen Matrosen Petersen zu retten. Petersen hat in dem Wrack des gestrandeten Schiffes fünf Tage und fünf Nächte, von der Außenwelt vollständig abgeschnitten, als lebendig Begrabener zugebracht. Als man die Unglücksstelle fünf Tage nach dem Unglück genau untersuchte, hörte man im Schiffe ein geheimnisvolles Klopfen. Mit einem Knallgasgebläse öffnete man die Schiffswand und fand den elenden, dem Hungertode nahen Matrosen Petersen, der bis zur Brust im Wasser stand und fünf Tage in dieser schrecklichen Lage verharrt hat. Er erzählte, daß er nichtsahnend in die Kajüte gegangen sei, als die Wellen plötzlich das Schiff auf die Seite legten und er nicht mehr an Deck gelangen konnte. Im Dunkeln habe er sich dann einen erhöhten Platz ausgesucht, um dem Tode des Ertrinkens zu entgehen. Ohne einen Bissen zu genießen, habe er nur seinen Durst mit Seewasser stillen können. Obwohl die Aerzte hofften, Petersen am Leben zu erhalten, starb der so furchtbaren Tode Entronnene nach zwei Tagen.

Die Weltrevolution auf einem toten Punkt.

(TU) **Warschau,** 17. Febr. Nach einer Meldung aus Moskau erklärte Apfelbaum-Sinojew auf der Kommunistenkonferenz in Petersburg, daß die Frage der Weltrevolution auf einem toten Punkt angelangt ist.

2144 Personen den Hungertod gestorben.

(TU) **Paris,** 17. Febr. Aus Moskau wird der Chicago Tribune gemeldet, daß seit dem 1. Januar 2144 Personen in Petersburg den Hungertod gestorben sind.

Kleine Nachrichten.

Lloyd George, Briand und andere Delegierte der Entente werden vor Eröffnung der Londoner Konferenz noch eine Besprechung haben. Briand begibt sich Sonntag nach London.

Das bayerische Finanzministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten mit einem Gesamtmehraufwand von 88 Millionen zugehen lassen. Der Gesetzentwurf ist eine Folge der neuen reichsgesetzlichen Regelung für die Teuerungszuschläge der Beamten.

Der Metallarbeiterstreik im Erzgebirge hat nach fünfwöchiger Dauer sein Ende gefunden. Gestern früh wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer sich bereit erklärt hatten, eine Zulage von 1,10 Mark pro Stunde zu gewähren und die Streikenden wieder einzustellen.

Die Arbeiterräte der Kaliarbeiter nahmen in einem Kongreß in Magdeburg Stellung zur Lage in der Kaliindustrie. Es wurde einstimmig beschlossen, daß angesichts der Lage in dieser Industrie bis auf weiteres kein Ueberschichten, außer Notstandsarbeiten, verfahren werden dürfen.

Nach einer Havasmeldung aus Neuyork liegt Caruso im Sterben.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 11. Febr. (Hilfe sächsischer Landwirte für Waisen.) Infolge der Anregungen zweier bewährter Waisenfreunde des Oberkommissars Gebler und des Kreisassistenten Kruse in Neuhaldensleben haben zahlreiche Landwirte im Kreise Neuhaldensleben und dessen Umgebung 600 Zentner Kartoffeln, ferner Hülsenfrüchte und andere Erzeugnisse für die Waisen der Reichswaisenhäuser der Deutschen Reichsfechtschule kostenlos gestiftet. Diese tatkräftige Unterstützung der Waisenfürsorge verdient in allen landwirtschaftlichen Kreisen allgemeine Nachahmung; es würde dadurch der verwaisten Jugend sehr wichtige praktische Hilfe geleistet werden. Die Deutsche Reichsfechtschule in Magdeburg nimmt jederzeit gern Lebensmittelsendungen für ihre Waisenhäuser entgegen.

(Eingesandt.)

Hamm, 17. Febr. (Reichslandbund und Westfälischer Bauernverein.) Der „Reichslandbund" (Bund der Landwirte und Deutscher Landbund), Provinzialabteilung Westfalen, sendet uns die folgende Erklärung: Der Westfälische Bauernverein läßt in der Presse erklären, daß er in Uebereinstimmung mit einem in der Zentrumspresse veröffentlichten Artikel durchaus der Auffassung sei, für den westfälischen Bauernstand sei der Westfälische Bauernverein „die allein geeignete" wirtschaftspolitische Vertretung. Dieser Angriff nötigt uns zur Abwehr und zur Aufklärung der Oeffentlichkeit über unsere Ziele und Aufgaben. Der Bund der Landwirte ist seit einer Reihe von Jahren auch in Westfalen stark verbreitet — seit der Revolution hat sich beispielsweise seine Mitgliederzahl mehr als verdoppelt — und glaubt sich schon durch seine unermüdliche Arbeit im Interesse seiner Mitglieder und der gesamten westfälischen Landwirtschaft ein Recht aufs Dasein erworben zu haben, bei der er die besonderen Vorzüge und Verdienste des Westfälischen Bauernvereins stets neidlos anerkannt hat. Dieses Existenzrecht wurde früher auch vom Westfälischen Bauernverein ausdrücklich anerkannt, wie beispielsweise der frühere Geschäftsführer des Westfälischen Bauernvereins, Herr Dr. Crone, in den „Beiträgen zur Geschichte des westfälischen Bauernstandes" (Berlin 1912 S. 556) eigens hervorhob, daß beide Organisationen sehr wohl nebeneinander bestehen könnten. Der Bund der Landwirte hat auch durch seinen Zusammenschluß mit dem Deutschen Landbund im „Reichslandbund", der über eine starke Zentrale mit zahlreichen Abteilungen verfügt, über das ganze Deutsche Reich verbreitet ist und nunmehr die bei weitem größte landwirtschaftliche Organisation in Deutschland ist, einen so bedeutsamen Markstein auf dem Wege zur Einigung der deutschen Landwirtschaft gesetzt, daß schon danach die fragliche Behauptung des Westfälischen Bauernvereins mehr als seltsam anmutet. Der Westfälische Bauernverein kann aber auch schon nach seinen Satzungen nicht den Anspruch erheben, „die allein geeignete" wirtschaftspolitische Vertretung der westfälischen Landwirtschaft zu sein. Denn diese machen es ihm unmöglich, eine solche Wirtschaftspolitik zu treiben, wie sie wenigstens heute der größte Teil des Bauernstandes nun einmal für unbedingt erforderlich hält. § 13 seiner Satzungen — und diese Satzungen stammen nicht etwa aus der Zeit vor der Revolution, sondern datieren aus dem Jahre 1919 — bestimmt nämlich, daß der Bauernverein nicht nur keine Parteipolitik treiben — das lehnt auch der Reichslandbund ab —, sondern sie in seinen Versammlungen auch nicht einmal besprechen darf. Dazu kommt noch, daß der Westfälische Bauernverein in seinen Verhandlungen mit der Zentrumspartei am 18. Dezember v. J. hinsichtlich der Aufstellung von Ständekandidaturen eine Vereinbarung eingegangen ist, die sich vom Standpunkt der Landwirtschaft aus als eine jedenfalls bedenkliche Bindung darstellt. Es hieße aber doch wohl Eulen nach Athen tragen, wenn man sich heute noch weiter darüber verbreiten wollte, daß es zur Führung einer kraftvollen Wirtschaftspolitik und damit zur Rettung des Bauernstandes heute einfach unerläßlich ist, auch das Verhalten der verschiedenen Parteien zur Landwirtschaft kritisch zu beleuchten und dazu Stellung zu nehmen sowie nötigenfalls auch einmal mit einer eigenen Landliste vorzugehen. Demgegenüber glaubt der Reichslandbund, der nach seinen Satzungen den Zusammenschluß des Landvolks ohne Rücksicht auf politische Parteistellung auf nationaler und christlicher Grundlage erstrebt, den Interessen und Förderungen der deutschen Landwirtschaft nach allen Richtungen und mit allen Mitteln gerecht werden zu können. Denn sein Zweck ist: „Zum Wohle der deutschen Volkswirtschaft die wirtschaftspolitischen und kulturellen Interessen des gesamten deutschen Landvolks zur Sicherung seiner vollen Gleichberechtigung auf allen Gebieten und zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu wahren, insbesondere auch der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in allen aus öffentlichen Wahlen hervorgehenden Körperschaften zu verschaffen." Es ist nur zu natürlich, daß jede der beiden in Westfalen bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen sich für die bessere und wichtigere hält und dementsprechend auch bei der Werbung neuer Mitglieder vorgeht; allein wenn eine Organisation sich sogar in der Presse als die allein seligmachende anpreist, so ist das angesichts des bisherigen guten Einvernehmens zwischen den beiden Organisationen im Interesse der westfälischen Landwirtschaft tief bedauerlich, ganz abgesehen von der Wirkung, die ein solches Vorgehen auf diejenigen Mitglieder des Reichslandbundes ausüben muß, die gleichzeitig auch dem Westfälischen Bauernverein angehören.

(Eingesandt.)

Dortmund, 10. Febr. Der Verband nationalgesinnter Soldaten E. V., Gemeinschaft deutschgesinnter Männer und Frauen aller Stände zur Wiedergeburt des Vaterlandes (Hauptgeschäftsstelle Berlin W. 9, Schellingstr. 10) ruft soeben in einer neuen Kundgebung „An alle Deutschen" zum Zusammenschluß aller nationalgesinnten Männer und Frauen auf. Bereits im Herbst 1919 hatten sich beherzte deutsche Männer zusammengetan, um das Volk zum Kampfe für die bedrohten nationalen Güter zusammenzuführen. Landesverbände und Ortsgruppen bildeten sich rasch. Tausende kamen, doch viele fehlen noch. Die Losung des V. n. S. „Das Vaterland über alles" zündete in allen Bevölkerungsschichten. Erziehung zum Nationalbewußtsein, Versöhnung aller Volksschichten, in der Erkenntnis, daß internationale Irrlehren und bolschewistischer Wahnsinn den völligen Untergang bedeuten, Wiedergeburt und Erneuerung des Deutschen Reiches, Genesung deutschen Wesens in Wort und Schrift, Erneuerung deutscher Kunst und Wissenschaft, Erziehung der Jugend zum Deutschtum, Pflege deutscher Art, sind seine Ziele und Aufgaben. Im Rahmen der Reichsverfassung will er seine Ziele erstreben und jede Regierung unterstützen, die den Aufbau eines gesunden Vaterlandes verbürgt. Zur Mitarbeit ruft er auf: Alle, die feldgrau trugen, ohne Ansehen von Stand, Rang und Dienstgrad, in der Ueberzeugung, daß Mannschaften und Vorgesetzte restlos zusammengehören; die Angehörigen der neuen Wehrmacht, die ehemaligen Freiwilligen und Zeitfreiwilligen, die ehemaligen Einwohnerwehren, die Mitglieder des Roten Kreuzes, der Technischen Nothilfe und des Vaterländischen Hilfsdienstes, alle übrigen deutschen Männer und Frauen, die gewillt sind, am Aufbau tätig mitzuwirken. Ursprünglich ein reiner Soldatenbund, hat er sich allmählich zu einem großen über ganz Deutschland sich ausdehnenden Verband nationalgesinnter Deutschen entwickelt und ist über seine anfänglichen Ziele weit hinausgewachsen. Deutsche aller Stände vom Feldmarschall bis zum Arbeiter haben sich unter seinem Banner vereinigt. So bildet er bereits heute — über den Parteien stehend — an zahlreichen Orten des Vaterlandes einen Mittelpunkt für die auf nationalem Boden stehenden Volksgenossen. Wer dem V. n. S. noch nicht angehört, schließe sich ihm an! Der niedrige Mitgliedsbeitrag von mindestens 1 Mark monatlich ermöglicht auch den Minderbemittelten den Eintritt. Jedes Mitglied erhält überdies das Verbandsorgan, die Halbmonatsschrift „Volk und Wehr (früher „Deutsches Heer") kostenlos durch die Post. Im Vereinszimmer des „Union-Hotels" Dortmund, Sedanstr. 24, finden alle 14 Tage des Dienstags um 8 Uhr abends Zusammenkünfte der Ortsgruppe Dortmund statt. Sämtliche nationalgesinnten Kameraden (Männer und Frauen) sind zu denselben herzlichst willkommen. Weitere Auskunft erteilt die Ortsgruppe.

Synagogengemeinde Kamen.

Freitag abend 6 Uhr; Samstag morgen 10 Uhr.



Nachruf.

Am 13. d. Mts. starb nach kurzer Krankheit unser I. Vorsitzender, der Reviersteiger

Gustav Hirse.

Seit der Gründung unseres Vereins hat er als 1. Vorsitzender die Geschicke unseres Vereins in der kameradschaftlichsten Weise geleitet. Allen Mitgliedern unseres Vereins wird er unvergesslich bleiben.

Der Gardeverein Kamen.

822

Landwirte,

bedenkt, daß Euer Vertreter, **Herr Winterschuldirektor Grüßner-Unna** auf der **deutschnationalen** Landtagsliste an aussichtsreicher Stelle steht, beachtet namentlich die **deutschnationale** Kreistagsliste:

1. Landwirt Bödelmann, Strickherdicke
2. Landwirt Lippmann, Rünthe
3. Winterschuldirektor Grüßner, Unna
4. Landwirt Huselschulte, Allen
5. Landwirt Hüggenberg, Lünern
6. Ackerer Pannock, Norddinker.

825

Wählt Deutschnational!

Bekanntmachung.

Gemäß § 23 des Landeswahlgesetzes vom 3. Dezember 1920 (G.-S. S. 559) in Verbindung mit § 44 der Landeswahlordnung vom 10. Dezember 1920 (G.-S. S. 571) wird hiermit bekannt gegeben, daß innerhalb des Wahlkreisverbandes VII Westfalen folgende Kreiswahlvorschläge miteinander verbunden worden sind:

Wahlkreis 17: Westfalen Nord.		Wahlkreis 18: Westfalen Süd.	
Kreiswahlvorschlag	Kennwort	Kreiswahlvorschlag	Kennwort
I	Unabhängige Sozialdemokr. Partei	III	Unabhängige Sozialdemokr. Partei
II	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	II	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
V	Zentrumspartei.	I	Zentrumspartei
VII	Deutsche Volkspartei	IV	Deutsche Volkspartei
VIII	Deutsche demokratische Partei	VI	Deutsche demokratische Partei
IX	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands	VII	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

Für die Kreiswahlvorschläge I, II, III (Fraktionslose Partei), V, VI (Deutschnationale Volkspartei), VII, VIII, IX ist erklärt worden, daß ihre Restistimmen den entsprechenden Landeswahlvorschlägen zuzurechnen sind.

Minden, den 10. Februar 1921.

Der Kreiswahlleiter
für den Wahlkreis 17 Westfalen Nord und der Verbandswahlleiter für den Wahlkreisverband VII Westfalen:
von Bergen.



Achtung! Radfahrer!

Durch günstigen Einkauf sind wir in der Lage, einen Posten

neuer Fahräder

weit unt. Tagespreis abzugeben.

Mürmann & Co. Rünthe,
Kamen, Wimme 4 (Lenkenhoff). 1811

Ein tragendes
Ziegenlamm
zu verkaufen, in vier Wochen melk. 839
Methler 53 b.

Eine gute Ziege
zu verkaufen. 818
Bergkamen-Schönhausen,
Hansemannstr. 6.

Handlesekunst.

Um allen Wünschen gerecht werden zu können, verlängere ich meine Sprechstunde **bis einschließlich Montag.** Sonntag nachmittag keine Sprechstunde.

Frau Oestersötebier
Gasthof Dröge,
840 Bahnhofstr. 9.

Nerven- und Herzkranken
empfehlen wir das bewährte Wörishofener Sozon Elixir. — Allein Allein echt: Wörishofener Naturheil-Werke, Elberfeld. Niederlage: **Drogerie H. Pi Thiel, Kamen i. W.** Ostst raße 21. 3536

Ein Mädchen
von 16—17 Jahren für ganze Tage auf sofort gesucht. 793
Näheres in der Geschst. der Kamener Zeitung.

25 Ruten 771
Gartenland
nördlich zu verkaufen.
Nordstraße 33.

Schäferhund
wachsam und scharf, als Hofhund geeignet, zu verkaufen. 774
Lerche 83.

Günstige Einkaufsgelegenheit für Kleiderstoffe!

Kleiderstoff schwarz u. marine mit feinen Nadelstreifen . Mk. 25		Blusen-Flanellle elegante Streifen . . . Mk. 22 17	
Mohair reine Wolle, eine ausgezeichnete Qualität für Konfirmandenkleider . Mk. 58		Reinwoll. Blusen-Flanelle einfarbig, in vielen Farben . Mk. 48	
Cheviot reine Wolle, marine und schwarz . . . . Mk. 65		Elegante Schotten für Blusen u. Kinderkleid. 39, 29, 24	
Kostüm-Cheviot reine Wolle, 130 cm br., Mk. 108		Poppeline reine Wolle, rot, weinrot, bleu, schwarz . Mk. 89	
Woll-Mousseline rot, hellgrau, grün . . . . Mk. 58		Blusenstoffe z. Teil reine Wolle. 1. d. schönst. hell. u. dunkl. Streif., 66, 33 25	

Arnold Wiemer ∷ Kamen.

817



Geflügel- und Kaninchenzucht Verein Weddinghofen.

Am **Sonntag, d. 20. d. M., abends 7½ Uhr,** beim Wirt C. Dieckmann.

General-Versammlung.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Wegen dringender Ausstellungs-Angelegenheiten wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Turnverein „Kaiserkrone" Kamen.

Sonntag, den 20. ds. Mts., nachm. 5 Uhr, im Vereinslokale H. Nagel, Westentor:

General-Versammlung.

Hierzu sind die Damen der Mitglieder freundlichst eingeladen. 829

Im Anschluß an die Versammlung findet Versammlung der Altersriege statt.

Um pünktliches u. zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Ladenlokal
oder ein
Parterre-Zimmer,
welches sich zu einem Ladenlokal eignet, zu mieten gesucht.

Angeb. an die Kamener Zeitung unter Nr. **816.**

Zwei Geschwister suchen per sofort möbliertes
Zimmer
ohne Betten. p820
Gefl. Anfragen an
M. Zank, Bergkamen.
Kaiserstraße 191.

Wählt Deutsch-Demokratisch!

So sieht der Stimmzettel aus: 834

Landtag	Provinz	Kreis
	Deutsche demokratische Partei	

Stimmzettel sind zu haben am Wahltage in den Wahllokalen, zu jeder Zeit bei Kaufmann Goris und Lehrer Mechies.

Elektrische
Licht- und Kraft-
Anlagen
liefert in erstklassiger Ausführung unter Verwendung von Ia. Material
:——: in Friedensqualität :——:

Gustav Dunkel,

Güldentröge Nr. 25. Telephon Nr. 147.
Unverbindliche Kostenanschläge stehen zur Verfügung.
828
— Billigste Berechnung. —

Christlich-nationale Arbeiter! **Angestellte und Beamte!**

Die Deutsch-nationale Volkspartei



tritt ein für eine **gesunde, soziale Reform.** Sie will den unbedingt erforderlichen Ausgleich der sozialen Gegensätze. Nicht rücksichtslose Gewalt, sondern nur die mit Gerechtigkeit gepaarte Nächstenliebe, wie sie ein **lebensvolles Christentum** auswirkt, kann die sozialen Nöte der Gegenwart überwinden. — Deshalb

wählt am 20. Februar nur deutsch-national!